

Wochensatz 25 Pf., monatlich 3,00 Mk., im voraus zahlbar, Halbjahr 4,25 Mk., einschließlich 50 Pf. Belegungen und 72 Pf. Postgebühren. Auslandsabonnement 6,- Mk. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschuss 5,- Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Witz und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“, „Tschick“, „Witz in die Schürze“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Glockenbeilage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Mittwoch  
18. März 1931  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseit. Nonpareilzeile 10 Pf., Zeilenbreite 3,- u. 4,-. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pf. (zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 12 Pf. Abteil. II. Teil. Stellengeluche das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitszeit Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentlich von 8½ bis 17 Uhr. Der Betrag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.  
Vorwärts-Verlag G. m. b. H.  
Postcheckkonto: Berlin 37 556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Dönhofsstr. 3, Tel. B. u. D. 25. — Dep. -Kont. „Jerusalemstr. 65-66.“

## Um die Bauarbeiterlöhne. 15 Prozent Abbau droht!

Die Löhne und Arbeitsbedingungen für rund eine Million Arbeiter der Bauindustrie werden in den nächsten Tagen geregelt. Heute beginnen zwischen den Tarifparteien die zentralen Verhandlungen über den Reichstarifvertrag. In der nächsten Woche wird das Tarifschiedsgericht unter dem Vorsitz von drei vom Reichsarbeitsminister ernannten Unparteiischen in letzter Instanz über die Löhne zu entscheiden haben.

Bisher liegen aus einer ganzen Reihe von Bezirken Schiedssprüche vor, die erkennen lassen, daß die Unternehmer und die amtlichen Schlichter jedes Augenmaß verloren haben für das, was möglich und erträglich ist. Um nur die jüngsten Schiedssprüche herauszugreifen: Am Montag und Dienstag wurden für die Tarifgebiete der Provinz Sachsen-Anhalt und Berlin Schiedssprüche gefällt, die die Löhne um 15 Prozent kürzen! Der nominale Stundenlohn in diesen Tarifgebieten variiert von 70 Pf. bis 1,31 Mark.

Wie der Reichsarbeitsminister ganz richtig im Reichstag ausgeführt hat, kommt es nicht auf den Stundenlohn, sondern auf das Jahreseinkommen an, wenn man sich ein Bild über die Lohnhöhe machen will. Wie sieht es nun damit im Baugewerbe aus? Wenn man jetzt von einer ersten und einer zweiten Lohnabbauwelle spricht — von dieser will Herr Dr. Stegerwald nichts wissen — so muß festgestellt werden, daß die Bauarbeiter nicht nur eine erste, sondern auch schon eine zweite und eine dritte Lohnabbauwelle hinter sich haben.

Nach einer Statistik des Deutschen Baugewerksbundes für seine Mitglieder arbeiteten diese im Durchschnitt im Jahre 1928 1936 Stunden, im Jahre 1929 dagegen 1680 Stunden und im Jahre 1930 nur noch 1208 Stunden. Trotz der nominalen Lohnerhöhungen ging das durchschnittliche Jahreseinkommen der Bauarbeiter in diesen drei Jahren ständig zurück. 1928: 1866 M., 1929: 1704 M., 1930: etwas über 1300 M. Der Lohnabbau war in den letzten drei Jahren also ein ganz gewaltiger, und wie die Dinge gegenwärtig liegen, muß man für 1931 voraussehen, daß die Löhne, auch wenn sie nominal nicht verändert werden, praktisch ganz erheblich zurückgehen werden.

Es ist immer wieder das Märchen von den hohen Bauarbeiterlöhnen erzählt worden, das leider nur ein Märchen ist, und das die vorstehenden Zahlen bereits widerlegen. Aber auch die scheinbar hohen Nominallöhne, die da mit Vorliebe zitiert werden, und die im Vergleich zu amerikanischen Bauarbeiterlöhnen sehr bescheiden sind, auch diese Löhne beschränken sich nur auf einen kleinen Bruchteil der Bauarbeiter, während neunzig Prozent der Bauarbeiter Stundenlöhne — von dem Jahreseinkommen gar nicht zu reden — erhalten, die keineswegs höher sind als in den übrigen Berufen.

Auch das Märchen von der gemühtlichen Arbeit des Maurers sollte endlich verschwinden. Im Jahre 1901 wurde auf Verlangen der Bauunternehmer in den Berliner Lohnvertrag eine Leistungsklausel aufgenommen, wonach der Maurer täglich 500 Steine vermauern müsse, und zwar bei der damals üblichen neunstündigen Arbeitszeit. Diese Leistungsklausel war bis zum Jahre 1905 in Kraft. Heute vermauert der Berliner Maurer in achtstündiger Arbeitszeit 1100 Steine! Die Leistung hat sich also mehr als verdoppelt, obwohl es hier natürlich ein laufendes Band trotz aller maschinellen Einrichtungen nicht gibt und geben kann. Man kann es ruhig aussprechen, daß der Arbeiter, wenn er das ganze Jahr beschäftigt wäre, eine derartige Leistung auf die Dauer physisch gar nicht aufzubringen in der Lage sein würde.

Zu dieser dreimaligen Kürzung des Einkommens kommt infolgedessen noch eine vierte, als bei der Reform der Arbeitslosenversicherung die Bauarbeiter während der Wintermonate auf die Unterstützungsfähigkeit der Krisenfürsorge zurückgelehrt wurden. Auch diese Kürzung ihrer Einnahmen muß berücksichtigt werden.

Ganz und gar haltlos ist für die gesamte Bauindustrie das Gerücht von der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Dagegen versucht man durch allerlei Kunststücke den Anteil der Löhne am Produkt im Baugewerbe als unverhältnismäßig hoch hinzustellen und von der vierten oder vielmehr fünften Lohnsenkung eine wesentliche Senkung der Gestehungskosten und damit der Mieten zu erwarten.

Nimmt man die reinen Baukosten, dann stellt sich der Anteil der Löhne auf etwa 33 Proz. Die reinen Baukosten sind aber nur ein Teil, vielfach nur die Hälfte der

## Steuern und Zölle.

### Sozialdemokraten und Reichsregierung verhandeln über die nächsten Aufgaben.

Die politischen Besprechungen zwischen der Sozialdemokratie und der Reichsregierung, die in der vergangenen Woche zu keinem Abschluß gebracht worden sind, sind am Dienstag wieder aufgenommen worden. In erster Linie stehen die Erhöhung der Aufsichtsratssteuer und die Erhöhung des Notopfers bei der Einkommensteuer zur Erörterung. Sie sind bereits vom Steuerauschuß des Reichstages beschlossen worden und stehen in der nächsten Woche im Plenum zur Beratung. Der Widerstand gegen beide Forderungen liegt in erster Linie von der Deutschen Volkspartei aus. Immerhin ist der Widerstand gegen die Aufsichtsratssteuer wesentlich geringer als gegen die Einkommensteuer. In anderen

gung, die in erster Linie von der Deutschen Volkspartei verlangt wird, durch die der Finanzminister zu größter Sparsamkeit verpflichtet sein soll. Gegen dieses Ziel bestehen bei der Sozialdemokratie keine Bedenken. Sie wünscht jedoch, daß diese Ermächtigung zu weiterer Sparsamkeit sich lediglich auf die nicht geleglich gebundenen Ausgaben erstreckt, und daß die geleglich gebundenen Verpflichtungen, also die Zuschüsse des Reichs zur Sozialversicherung, die Leistungen an die Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen, an die Kleinrentner, sowie die Krisenfürsorge und die produktive Erwerbslosenfürsorge ausdrücklich von der künftigen Sparaktion ausgenommen werden.

Reinigungsverschiedenheiten bestehen ferner über die Frage, ob der Reichstag entsprechend dem Wunsch der Reichsregierung sich bis Oktober oder November vertagen soll. Gegen diese Vertagung auf ein halbes Jahr spricht die Tatsache, daß das zu einer Verschiebung wichtiger gesetzgeberischer Aufgaben führen würde, falls nicht die Regierung in der Zwischenzeit ohne das Parlament die dringendsten Aufgaben erledigt. Da auch in anderen Parteien die Bedenken gegen eine so langfristige Vertagung des Reichstages geteilt werden, so dürfte man sich wohl darauf verständigen, wie auch in früheren Zeiten dem Präsidenten des Reichstages die Ermächtigung zu geben, den Reichstag, wenn ein Bedürfnis dazu vorliegt und eine Mehrheit es wünscht, zusammenzuberufen.

### Hermann Müllers Erkrankung.

Der Zustand unverändert ernst.

Der im Befinden Hermann Müllers am Montagabend eingetretene Schwächezustand, der auf einer Herzschwäche und einer Kreislaufstörung beruht, hielt auch den gestrigen Tag über an, so daß der Zustand als äußerst ernst bezeichnet werden muß. Nachdem in den Vormittagsstunden durch einige Stunden Schlaf eine ganz leichte Besserung festzustellen war, trat in den späten Nachmittagsstunden eine abermalige Störung im Kreislauf des Patienten ein, wodurch der Montagabend eingetretene Zustand wieder herbeigeführt wurde. Das offizielle Bulletin des abendlichen Konfiliams lautet: „Das Befinden des Patienten ist unverändert ernst.“

### Die Osthilfe im Ausschuß.

Der Ausschuß des Reichstages für Ostfragen beriet am Dienstag die von der Regierung beantragten Osthilfegeetze. Eine ausgedehnte Debatte entwickelte sich über das räumliche Geltungsgebiet der geplanten Maßnahmen.

Abg. Stelling (Soz.) erklärte es für wünschenswert, den Geltungsbereich für die Osthilfemaßnahmen auf die Gebiete zu beschränken, die durch neue Grenzziehung unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Nur dadurch könne schließlich auch eine fühlbare Hilfe gewährleistet werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb auch keine Erweiterungsanträge gestellt. Werden weitere Gebiete einbezogen, dann bedeutet das zweifellos eine gewisse Gefährdung des ganzen Hilfswerkes. Bleibt es jedoch bei den weitergehenden Vorschlägen, dann müsse auch die Berücksichtigung der von Bayern und Niederschlesien geäußerten Wünsche in Erwägung gezogen werden.

Im Verlaufe der Aussprache wandte sich der Abg. Dr. Pflieger von der Bayerischen Volkspartei gegen das Verhalten der Vertreter Ostpreußens im Reichsrat, die, obwohl die vorgeschlagene Osthilfe einen Aufwand von rund 1,9 Milliarden Mark erfordern würde, diese Hilfe als völlig ungenügend bezeichneten.

Abg. Buz (Komm.) erklärte, daß die Kommunisten gegen das Gesetz stimmen werden.

Abg. Tarnow (Soz.) verlangte Garantien, daß nur deutsche Landarbeiter beschäftigt werden.

Bei der Beratung der landwirtschaftlichen Entschädigung wurde von den sozialdemokratischen Vertretern Stelling und Carlen gefordert, daß den kleinen und mittleren Bauernwirtschaften geholfen werden müsse.

bürgerlichen Parteien findet man Anhänger der Aufsichtsratssteuer, während die Bedenken gegen das Notopfer bei der Einkommensteuer auch dort, wenn auch nicht im gleichen Maße wie bei der Volkspartei, vorhanden sind. Die Reichsregierung betont ebenfalls ihre Gegnerschaft gegen diese geplanten Steuererhöhungen, doch dürfte ihr Widerstand nicht unüberwindbar sein, wenn es gelingt, entsprechende Beschlüsse des Reichstages ohne politische Komplikationen durchzuführen.

Große Meinungsverschiedenheiten bestehen aber auch noch bei der von der Reichsregierung gewünschten Ermächtigung zur selbständigen Festsetzung der Agrar- und Industriezölle. Das Verlangen der Sozialdemokratie geht dahin, unter allen Umständen zu vermeiden, daß durch die Handhabung dieser Zollermächtigung eine Gefährdung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu den ausländischen Mächten und vor allen Dingen eine Verteuerung der Lebenshaltung eintritt. Durch die Herabsetzung der jetzt geltenden Weizenzölle und durch andere in der gleichen Richtung laufende Maßnahmen müsse daher eine jetzt drohende Brotverteuerung vermieden werden. Das ist angehtlich auch die Absicht der Reichsregierung. Ueber den Inhalt des Ermächtigungsgesetzes aber ließ sich bisher eine Uebereinstimmung nicht erzielen. Dasselbe gilt von der Ekaterinacht-

gesamten Baukosten. Dazu gehört nicht nur der Preis des Bodens, es kommen hinzu die Gewinne und Provisionen der Bodenhandler, Makler usw., die Aufwendungen für Geländeerforschung, die allgemeinen Unkosten (Gebühren, Gerichtskosten, Vermessungen, Steuern usw.), die Sonderkosten für die Anschlüsse an die Versorgungsleitungen, für Gartenanlagen usw., die Architektenhonorare, Bauzinsen, Gelddeschaffungskosten und schließlich die Gewinne der Bauherren, der Baustofflieferanten und der Bauunternehmer. Nach genauen Ermittlungen beträgt der Anteil der Löhne an den gesamten Baukosten zwischen 18 und 25 Proz., je nachdem, ob es sich um Flach- oder Hochbauten handelt.

Gewiß ist es notwendig, daß nicht nur hygienisch einwandfreie, sondern auch billige Wohnungen gebaut werden. Das kann aber nicht dadurch geschehen, daß man die nun schon wiederholt abgebauten Löhne der Bauarbeiter nochmals um 10 oder gar um 15 Proz. abbaut. Im Endeffekt würde das für die Mieten nur ganz unwesentlich ins Gewicht fallen. Eine Senkung der Gestehungskosten ist notwendig und möglich. Hier kommt in erster Linie auch eine Vereinfachung des bürokratischen Geschäftsganges in Betracht, der bis zur Genehmigung einer Bauausführung zu durchlaufen ist.

Ein Kapitel für sich sind die Baustoffpreise. Wenn sie auch in den Wintermonaten stark gesunken sind, so begünstigen sie bereits wieder anzuziehen. Wenn die Regierung

etwas für den Preisabbau tun will, dann hat sie hier Gelegenheit, besonders bei den Zementpreisen, ihre Energie zu betätigen.

Am stärksten verteuert wird vielleicht das Bauen durch die unerträglich hohen Finanzierungslasten, die in diesem Jahr noch besonders dadurch verteuert werden, daß zu einem großen Teil an Stelle der Hauszinssteuer der Privatkredit treten wird. Wenn das Jahreseinkommen der Bauarbeiter im Durchschnitt auf nicht ganz 1350 Mk. gesunken ist, und voraussichtlich in diesem Jahre noch tiefer sinken wird, dann ist es ein erschreckendes Zeugnis für den Mangel an sittlichem Verantwortungsbewußtsein, das sogenannte Unparteiische veranlaßt, diese Löhne noch weiter abzubauen. Praktisch kann doch nur die Folge sein, daß die Wohlfahrtslasten der Gemeinden damit noch weiter steigen. Wenn ein Bauarbeiter einen Lohn von 70, 80 oder 90 Pfennig die Stunde erhält, wenn er im ganzen Jahr nur, wie im Jahre 1930, insgesamt 1200 Stunden beschäftigt ist, dann ist es ganz ausgeschlossen, daß mit einem derartigen Lohn sich und seine Familie ernähren kann.

Ein stärkerer Beschäftigungsgrad im Baugewerbe ist für das Jahr 1931 leider nicht zu erwarten. Eher ist zu befürchten, daß die Bautätigkeit noch geringer wird. Aus Alledem ergibt sich, daß der geplante Lohnabbau im Baugewerbe eine wirtschaftliche und soziale Unmöglichkeit ist.



# Aufruhr in Rauen.

## Kommunistische Demonstranten als Messerhelden.

Vor dem Rathaus in Rauen kam es gestern Abend im Anschluß an eine kommunistische Demonstration zu schweren Ausschreitungen, wobei mehrere Polizeibeamte schwer verletzt wurden.

Auf dem Rathausplatz hatte sich nach der Beendigung eines kommunistischen Umzuges eine Menge von etwa 400 bis 500 Personen angesammelt. Der kommunistische Stadtorordnete Benz erging sich in seiner Rede in wüsten Beschimpfungen gegen die Polizei. Nachdem Benz etwa zehn Minuten lang gesprochen und die Menge gegen die auf dem Platz anwesenden Polizeibeamten aufgewiegelt hatte, wurde von dem leitenden Offizier die Räumung des Rathausplatzes angeordnet. Jetzt kam es zum offenen Aufruhr. Auf die Beamten wurde ein Steinbombardement eröffnet. Der Polizeimeister Schiller wurde von einer Schar junger Burschen umzingelt und durch einen Stich in das Genick niedergestreckt. Die wenigen Polizeibeamten mußten schließlich zur Dienstwaffe greifen, um sich die Gegner durch Schreie und Schüsse vom Leibe zu halten. Die Schüsse wurden aus der Menge erwidert, jedoch niemand getroffen. Drei weitere Polizeibeamte erlitten durch Steinwürfe und Hiebe Kopfverletzungen.

Die Ruhe konnte erst wiederhergestellt werden, als aus Potsdam ein starkes Kommando der Schutzpolizei eintraf und die Straßen freimachte. Der schwerverletzte Polizeimeister wurde zusammen mit drei anderen Personen, die im Verlaufe der Tumulte erhebliche Verletzungen davongetragen hatten, ins Kreiskrankenhaus gebracht. Eine Reihe von Demonstranten, darunter mehrere Kommunisten, sind festgenommen worden.

# Zodesurteil in Spanien.

## Verteidiger wegen Majestätsbeleidigung verhaftet.

London, 17. März. (Eigenbericht.)

Wie der Madrider Berichterstatter des „Daily Herald“ mitteilt, verurteilte das Kriegsgericht in Jaca nach dreißigstündiger Beratung den Hauptmann Sedriles zum Tode und vier andere Offiziere zu lebenslänglichem Zuchthaus. Die Zensur verbietet die Bekanntgabe des Urteils. Der Verteidiger von Sedriles, ein Hauptmann, wurde nach seiner Verteidigungsrede verhaftet, weil er unter Anspielung auf den König gesagt hat: „Es ist ungeschicklich, gegen die Verfassung zu verstoßen als gegen den König, und solange jener, der die Verfassung außer Kraft gesetzt und die Diktatur errichtet hat, nicht bestraft ist, solange kann auch Kapitän Sedriles nicht verurteilt werden.“

# Vom Pferdeknecht zum Peer.

## Der Aufstieg Snells.

London, 17. März.

Unter den neuernannten Mitgliedern des britischen Kabinetts befindet sich der Arbeiterabgeordnete Henry Snell, der zum Parlamentsunterstaatssekretär im Ministerium für Indien an Stelle des verstorbenen Carl of Russell ernannt wurde. Snell ist der erste Mann in der englischen Geschichte, der als Landarbeiter angefangen hat und Peer von England geworden ist. Seine Eltern waren Landarbeiter in der Grafschaft Nottingham. Er besuchte die Dorfschule und studierte später auf der Hochschule für Nationalökonomie in London und auf der Universität Heidelberg. Er arbeitete zuerst auf einem Gutshof, wurde dann Pferdeknecht, Schiffer, Briefträger und zeichnete sich dann als politischer und religiöser Redner aus.

Peer — vom lateinischen pares, d. h. Gleich, abgeleitet — ist eine aus der frühgermanischen Zeit stammende gesellschaftliche Einrichtung. Sie beruht auf dem demokratischen Grundgedanken der germanischen Volksgesichte, nach dem alle Teilnehmer am Gericht freie Männer und Mitglieder der Volksgenossenschaft sein müssen. In der Feudalzeit, in England, ging der Ausdruck Peer auf die unmittelbaren Lehensmannen des Königs über und wurde später auf die Mitglieder seines Großen Rates beschränkt. Heutzutage hat der Peerstitel nur noch historische Bedeutung: Rang und Titel und sich im Hause of Lords.

Die Berufung eines ehemaligen Landarbeiters zu dieser, in der Hauptsache nur von den Großgrundbesitzern innegehabten „Würde“ symbolisiert den Aufstieg der englischen Arbeiterklasse in einem Menschenalter zur Herrschaft im Staate. Er ist revolutionär, wenn er sich auch in überlieferten englischen Formen vollzieht.

# Was Mussolini mit „Revision“ meint.

## Erfüllung italienischer Kolonialansprüche.

Rom, 17. März.

Während der Kammerdebatte anlässlich der Beratung des Budgets des Außenministeriums trat der Abgeordnete Re David für die italienischen Kolonialansprüche ein. Er betonte den provisorischen Charakter der Kolonialmandate des Völkerbundes; die Mandatsmächte versuchten, die Mandatsländer in Besitzungen zu verwandeln. Gegenüber den umfangreichen englischen und französischen Besitzungen dürfe man die Ansprüche Italiens nicht vergessen. Es sei betrüblich, daß Italien nicht einmal die im Londoner Pakt mit den Alliierten während des Weltkriegs festgelegte Entschädigung durch Grenzberichtigungen seiner Kolonien empfangen habe. Das zum Schaden Italiens schwer verletzte Gleichgewicht müsse wiederhergestellt werden, indem man Italien eines der Mandate über Syrien, Mesopotamien oder Palästina verleihe. Europa müsse die Rechte des neuen Italiens anerkennen.

Sämtlichen Sololängern und -längerrinnen der Staatsoper ist gekündigt worden. Von der nächsten Spielzeit an hat das Berliner staatliche Ballettensemble keine Sololängere mehr. Grund: Ersparnis? Unmöglich, denn die einzigen Gagen der sieben in Betracht kommenden Künstler sind für den Opernnet ohne Bedeutung. Künstlerische Umstellung? Man munkelt dergleichen, weiß aber nichts Gewisses, da Herr von Loban schweigt. Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß die größte staatliche Bühne des Landes, das den modernen Tanz geschaffen hat, seine Tanzgruppe abbaut und die Pflanze dieser Kunstgattung anderen Stellen überläßt.

Die englische Arbeitslosenzahl ist in der vergangenen Woche um rund 60 000 Personen gestiegen.

Außenminister Henderson wird sich am kommenden Montag nach Paris zu den Kommissionsverhandlungen des Briand'schen Europaplanes begeben.

Die italiänische Fremdberschaft im Memelland rächt sich an der Zeitung „Kaiser Dampfbad“ durch Ausweisung aller seiner reichsdeutschen Angestellten. So ist es jetzt auch dem Expedienten Kubisch ergangen.

# Politik und Schule.

## Kultusminister Grimme über die Aufgaben der Erziehung.

Die Beratung des Haushalts für das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gab in der gestrigen Sitzung des preussischen Landtags dem Minister Grimme Gelegenheit, in Beantwortung einer Reihe von großen Anfragen sich grundsätzlich mit dem Thema Politik und Schule auseinanderzusetzen. Minister Grimme führte unter anderem aus:

Die große Aufgabe der Volkspartei macht mir zum Vorwurf, daß ich versäumt habe, für den Tag der Reichsgründungsfeier allgemeine Schulfeiern anzuordnen. Ganz abgesehen davon, daß ich meine persönliche Stellung dazu durch Teilnahme an der Reichsgründungsfeier im Reichstag zum Ausdruck brachte, dürfte ich es dem verantwortlichen Leiter der Schulverwaltung überlassen, in welcher Form sie dieses Tages in den Schulen gedenken wollten. Ich habe das für eine Selbstverständlichkeit gehalten, denn schließlich gibt es

nicht nur ein von der Rechten approbiertes Nationalbewußtsein.

Wenn wir dieses bedeutsame Ereignis deutscher Geschichte heute anders werten als die Mitlebenden, so teilt diese Epoche nur das Schicksal aller Zeitalter, deren Sinn erst von dem Gesamtverlauf der Geschichte erfährt wird. Jedenfalls hat die Lehrerschaft ohne zentralistische Anordnung gewußt, was sie zu tun hatte. Auf die in diesem Zusammenhang kritisierten Frankfurter Vorfälle noch mal einzugehen, erübrigt sich nach meinen Ausführungen im Hauptausfluß. Ich stelle nur noch einmal fest, daß der Regierungspräsident in Frankfurt a. D. Oder am Zustandekommen des Beschlusses der Regierungsabteilung völlig unbeteiligt gewesen ist. (Hört, hört! bei den Soz.)

Das es leider noch einer

### zentralen Anordnung für den Verfassungstag

bedarf, haben gewiß nicht die Regierungsparteien verschuldet. Es ist grotesk, wenn dem Staat, dessen Verfassung von der Rechten her vor der Jugend maßig gemacht wird, von derselben Seite vorgeworfen wird, daß solche Anordnungen notwendig sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Abgesehen von diesen Verfassungsfeiern steht die Staatsregierung von zentralen Anordnungen bei Schulfeiern ab und sie befindet sich damit keineswegs im Gegensatz zur Reichsregierung.

Die Zurückhaltung der Reichsregierung wird begreiflich bei Lektüre der Rechtsprelle, bei der die Liebe zum 18. Januar erhalten mußte, für die offene Ablehnung gegen den 11. August. Wenn es der Wunsch sein sollte, alle

### Geschichtsklitterungen einer patriotischen Traktatendiskussion

die in dieser Presse frisch aufgewärmt wurden, bei solchen Schulfeiern zu verwenden, dann wird es mir allerdings zweifelhaft, ob nicht doch ein Erlaß notwendig ist. Feiern in dieser Form unumgänglich zu machen. Denn dann würde es sich um eine parteipolitische Beeinflussung der Schule handeln, die Verrat an der Jugend ist.

Damit komme ich zur Beantwortung der deutschpatriotischen Anfrage über die

### politische Betätigung der Schüler.

An die Spitze dieser meiner Ausführungen stelle ich die Ueberzeugung, daß die Ethik der Erziehung über aller Parteidoktrin steht. Die Frage, ob Politik in die Schule gehört, läßt sich nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten. Zwischen der Schule und dem Leben ist keine Brandmauer gezogen. Es ist einfach unumgänglich, die Politik aus der Schule herauszukompimentieren. Es kann sich nur darum handeln, zu entscheiden, wie die in die Schule durch andere Kräfte eingebrachte Politik erzieherisch ausgewertet werden kann. Das kann nur der Beduener, der meint, daß die Schule von vornherein darauf verrichtet sollte, ein wesentliches Stück des die Jugend umflutenden Lebens mit der Jugend zusammen kennenzulernen. Die Schule soll mehr tun, als bloße Kenntnisse zu vermitteln. Wer die Jugend erziehen will, muß das Ohr der Jugend haben, und wer ihr Ohr haben will, muß ihr auf den Mund reden. Das soll nicht heißen, daß man ihr nach dem Munde redet. Auf eine Formel gebracht:

Es handelt sich um politische Bildung, nicht aber um politische Beeinflussung!

Man muß hier dem Laie des Lehrers um so mehr vertrauen, als sich politische Bildung kaum ohne politische Wertung vollziehen kann. Hierbei besteht immer die Möglichkeit des Mißtrauens, dem man aber bei jeder Ermächtigung ausgesetzt ist. An der Idee gemessen ist Lehrer kein Amt, sondern ein Vorleben. Das hat Minister Boelckh schon früher in einem Erlaß zum Ausdruck gebracht. Die Schule soll dem jungen Menschen eine Vorbereitung von den politischen Problemen und Fragestellungen unserer Zeit verschaffen, deren der Schüler von der höheren Schule um so nötiger bedarf, als ihm nicht, wie dem gleichaltrigen, berufstätigen, jungen Menschen, durch den Existenzkampf politische Entscheidungen unmittelbar spürbar werden. Das scheint mir um so mehr notwendig, als

der Jugend immer wieder eingeredet wird, sie sei unsere letzte Hoffnung und berufen, das Verlagen der älteren Generation wieder aufzumachen.

Der allgemeine Kampf um die Jugend macht viele junge Menschen sich selber interessant und verführt sie zu einer Ueberwertung ihres Könnens. (Sehr wahr! bei den Soz.) Jung sein ist zunächst nichts weiter als ein biologischer Zustand, der an sich noch keine Leistung verbürgt. Politische Ziele sind nicht schon erreichbar durch Eifer, Begeisterung oder revolutionären Willensentschluß, sondern durch Bereitschaft, dem Geaner durch Einsatz der gesamten Person mit klarem Kopf Schritt für Schritt Terrain abzugewinnen. Die Jugend hat die Zielarbeit noch nicht, sondern soll sie erst gewinnen. Wer ihr die Zusammenhänge offenbart, bildet sie, ohne sie politisch zu beeinflussen. Politik ist ihrem Wesen nach eine unjüngliche Beschäftigung. Politik ist die Kunst des Möglichen. Keines ist der Schule, das natürliche Bedürfnis der Jugend, sich in ihrem Wachstumsprozeß auch die Welt der Politik zu assimilieren, dann hat sie nicht nur eine staatspolitische Tat getan, sondern ein sittliches Fundament für den künftigen politischen Kampf gelegt. Als Mittel zu diesem Ziel gehört die Politik auch in die Schule.

Aber die Schule darf nicht untätig zusehen, wie diese Arbeit an der Jugend durchkreuzt wird von Vereinen, deren Ziel es ist, die Jugend um das Recht der freien Meinungssuche zu bringen.

Schon Minister Boelckh hat hervorgehoben, daß die Schule die Zugehörigkeit von Schülern zu staatsfeindlichen Organisationen nicht dulden kann. Sein Erlaß gilt noch heute, und es ist selbstverständlich, daß der Nationalsozialistische Schülerbund in erster Linie darunter fällt. Es ist eine merkwürdige Ethik, die in den Samungen eines nationalsozialistischen Schülerbundes zum Ausdruck kommt. Es heißt darin mannhaft: „Nütziges Bekennen zum Bund ist selbstverständlich“ — und daran kann man seine Freude haben. Diese Freude währt nur bis zum Komma. Dann heißt es weiter: „da Thüringen und Braunschweig uns bei eventuellen Verweilen aus politischen Gründen tatkräftig zur Seite stehen.“ Sollte das die Ethik der Dritten Reiches sein, wird es Zeit, daß das moralisch intakt gebliebene Deutschland aus jenem Hiltelraum erwacht.

Nütziges Bekennen, weil einem nichts geschehen kann, das ist eine Schwächlingsethik, vor der wir die deutsche Jugend bewahren wollen.

Dann komme ich zur Beantwortung der sozialdemokratischen Anfrage, die das

### Verhältnis von Politik und Hochschuljugend

zum Gegenstand hat. Ich beschränke mich dabei auf allgemeine Bemerkungen.

Ich bin der überwiegenden Mehrheit der deutschen Studenten die Erklärung schuldig, daß es immer nur kleine Gruppen von Studenten waren, die Unruhen in das akademische Leben getragen, die gehetzt, gefürcht und sich unqualifizierbar rüde benommen haben. Es war das unverantwortliche Treiben einer Minderheit, die statt der Klärung des Gehirns eine Politik der losen Schnauze treiben. Es handelt sich also bei den bekannten Ausschreitungen nicht um Vorfälle, die für die Befestigung der Studentenschaft von heute typisch wären. Aber dieser Eindruck muß zum Schaden der Universitäten und Studenten entstehen. Noch erfreuen sich die Hochschulen trotz aller gelegentlichen politischen Unruhen gerade in den Kreisen, die ihnen fernstehen, insbesondere auch in der deutschen Arbeiterschaft, jener Hochachtung, die wir zu buchen haben

als ein Ergebnis der Erziehungsarbeit, die die Schöpfer des deutschen Sozialismus an der deutschen Arbeiterschaft leisteten.

Erst diese haben den Wert echter Wissenschaft und den Respekt vor der Forschung in Kreise getragen, die sich aus eigener Anschauung kein Bild von der Bedeutung der Arbeit, die an den Universitäten geleistet wird, haben machen können.

Würde es sich nur um überschäumende jugendliche Gefühlsausbrüche handeln, um Unbesonnenheiten, die der Jugend eigen sind, könnte die Regierung darüber mit Humor hinwegsehen. Aber darum handelt es sich nicht. Es ist der Regierung gewiß nicht sympatisch, wenn in den Räumen, die der reinen Lehre dienen sollen, die äußere Gewalt des Staates in Form der Polizei erscheinen muß. Der Staat darf nicht untätig zusehen, wenn

eine Gruppe der Studentenschaft in Kiel sich an einem 70jährigen ehrwürdigen Vertreter der Wissenschaft vergreift oder die Antrittsvorlesung eines Professors deshalb stört, weil unter seinem Rektorat einem politisch andersdenkenden Staatsmann der Doktor ehrenhalber verliehen ist.

Kein Staat kann das Verständnis für die Jugend soweit treiben, daß er diese dunklen Dinge ruhig weiterlaufen läßt. Gegen solche Veruche, das akademische Leben zu ruinieren und die Freiheit der Forschung zu untergraben, wird der Staat künftig mit allen Mitteln einschreiten, wenn es nötig ist auch mit der Polizei, die dann nicht haltmachen wird vor der sogenannten Exterritorialität der Hochschulen, die es nicht gibt. Die Idee der akademischen Freiheit legt eine andere Idee voraus: die der Toleranz. Vorfreiheit plus Hakenkreuzgesinnung gibt eine Gleichung, die niemals aufgeht.

Die Ausführungen des Ministers wurden mit lebhaftem Beifall in der Mitte und bei den Sozialdemokraten aufgenommen. In der dann folgenden Aussprache erklärte

Abg. Meyer-Magdeburg (Dnat.) man könne es der Jugend nicht verdenken, wenn sie für den Reichsgründungstag mehr Begeisterung aufbringt, als für den Verfassungstag. Kein Schulleiter wisse mehr, ob er nationale Feiern veranstalten darf oder nicht. In der Frage „Politik und Schule“ verlange die Jugend offene Stellungnahme zu den Problemen, denn sie suche nach Idealen.

### Abg. König-Potsdam (Soz.):

Es ist nicht richtig, daß bei den Schulleitern Unklarheit darüber bestanden haben kann, daß Reichsgründungsfeiern abgehalten werden sollten. Dazu hätte es also einer besonderen Anordnung nicht bedurft. Wenn die Rechte jetzt kritisiert, daß eine solche Anordnung nicht ergangen ist, dann wäre es unserer Meinung nach notwendig gewesen, nicht nur Feiern anzuordnen, sondern auch zu bestimmen, wie sie abgehalten werden sollen. Dann hätte man der Jugend nicht nur von der Kaiserproklamation in Versailles erzählen dürfen, sondern von dem heroischen Kampf um die deutsche Einheit seit 1813, und daß die deutschen Fürsten das größte Hindernis für diese Einheit waren. Dann hätte man der Jugend auch klar machen müssen, daß Ebert 1918 durch seine Tatkraft den Zerfall Deutschlands verhindert hat — sicher hätte aber auch dann wieder die Rechte gegen eine solche Verordnung opponiert. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Schule und Politik sind heute nicht mehr voneinander zu trennen, wenn man nicht Gefahr laufen will, die Jugend zu völlig weisfernden Menschen zu erziehen. Der Unterricht sollte lebenswahr sein und deshalb muß die Schule alle Zusammenhänge des öffentlichen Lebens aufzeigen. Dabei darf sie auch nicht an der Höflichkeit politischer Schlagworte vorübergehen. Dann wird die Jugend erkennen, was es mit dem Ruf nach dem „starken Mann“ und mit dem „Verlagen des parlamentarischen Systems“ auf sich hat. Sie erhält damit den Beweis, daß alle die Männer versagt haben in den letzten zehn Jahren, die ihr als Führer angepriesen werden. Würde die Jugend auch in dem Geschichtsunterricht die Wirklichkeit sehen, würde sie den politischen Phrasen nicht zum Opfer fallen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Auffassung, daß Sammelkuren nicht rechtlich begründet sind, bestreiten wir ganz entschieden. Es besteht keine Möglichkeit sie abzuschaffen. Schließlich steht das

### verfassungsrechtlich gewährleistete Recht innerer Ueberzeugung

über formale juristische Spitzfindigkeiten. Kein Reichsgericht kann anders entscheiden. Die Verkürzung der Schuljahre auf den höheren Schulen billigen wir. Wir fragen:

Was kann heute ein Volksschüler werden? Nichts! 95 Prozent aller Schüler ist der Aufstieg verflohen.

Dabei ist nicht die Schulbildung allein entscheidend. Leider sind wir durch die Not gezwungen, das Schulwesen unzuorganisieren. Unter allen Umständen muß eine schärfere Auslese getroffen werden. Die energischen Maßnahmen der Regierung gegen die Staatsfeinde an den Hochschulen begrüßen wir und hoffen, daß sie Erfolg haben werden. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Lauscher (Z.) sieht in der gesteigerten Offenheit durch die Kommunisten in kulturpolitischer Hinsicht nach dem Vorbilde Sowjetrusslands eine ernste Gefahr gegen die christlich-germanische Kultur. Deshalb müsse der weltanschaulichen Zerküftung Einhalt geboten werden. Das zügellose Treiben der Freidenkerverbände könne nicht weiter geduldet werden. Nach wie vor werde das Zentrum gegen die Uebertragung der Korporationsrechte an die Freidenkerverbände sein, solange diese die Meinung anderer nicht achteten.

Abg. Dr. Ausländer (Komm.) wendet sich scharf gegen die geforderten Maßnahmen gegen die Gottlosenverbände.

Abg. Dr. Boelckh (D. Vp.) bebauert, daß der Minister nur die Großen Anfragen beantwortet, nicht aber über politische Fragen gesprochen hat. Die einjährige Tätigkeit des Ministers habe große Unruhe im Volke hervorgerufen. Das gelte besonders von der Abschaffung der Reifeprüfung und des Bildungsprekariats. Dadurch würde die höhere Schule gerippt. In der Personalpolitik werde nach parteipolitischen Grundätzen verfahren und Professoren gegenüber Katholiken zurückgesetzt.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen und auf Mittwoch, 12 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung stehen weiter wichtige Abstimmungen, u. a. über das Groß-Berlin-Gesetz.



# Schimpfbolde im Umherziehen.

Severing ordnet verstärkten Kampf an gegen politische Hausierer.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern in einem neuen Rundschreiben das Verhalten der Polizei bei der Verfolgung von Fällen grober Beleidigung von Reichs- und Staatsregierung neu geregelt.

Die überwachenden Polizeiorgane und ihre Mitglieder in öffentlichen Versammlungen haben bisher zumeist darauf beschränkt, über den einzelnen Vorfall in der üblichen Form schriftlich zu berichten. Das habe zur Folge gehabt, daß ein solches Strafverfahren sich monatelang hinziehe. Ein solches Verfahren verfehle seinen Zweck vollständig. Der zunehmenden Verrohung des Toncs in öffentlichen Versammlungen könne nur dann mit Erfolg entgegengetreten werden, wenn die zu ihrer Verhinderung und Ahndung zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel entschlossen zur Anwendung gebracht würden. Es wird daher in dem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß bei allen öffentlichen Versammlungen dieser Art mit besonderer Sorgfalt geprüft werden soll, ob die Voraussetzungen für ein polizeiliches Einschreiten gegen die Versammlung als solche gegeben sind. Besonders macht der Minister darauf aufmerksam, daß bei Versammlungen, bei denen im voraus offenbar werde, daß es sich um eine unfriedliche Veranstaltung handle, diese nicht nur nach Beginn aufgelöst, sondern auch schon vorbeugend verboten werden können.

Ein besonders geeignetes Verfahren, gröbliche Beleidigungen, die als solche ohne weiteres erkennbar seien, möglichst auf der Stelle empfindlich zu ahnden, bietet ferner das im § 212 des Strafgesetzbuches geregelte beschleunigte Verfahren. Nach dieser Vorschrift könne zur Hauptverhandlung geschritten werden, wenn die Beschuldigten infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt werden. In diesem Zusammenhang weist der Minister darauf hin, daß das beschleunigte Verfahren sich auch gegen Abgeordnete zur Anwendung bringen lasse. Dieses Verfahren nach § 212 StGB. werde sich namentlich bei Wanderrednern empfehlen. In allen Fällen, in denen der Beschuldigte nach vorläufiger Festnahme dem Gericht vorgeführt wird, ersucht der Minister die örtlichen Polizeibehörden, mit größter Beschleunigung ihm unmittelbar fernmündlich oder drabstlich zu berichten, um rechtzeitig die Stellung eines Strafantrages durch die Beteiligten herbeizuführen. Zum Zweck der Beweiserhebung ersucht der Minister ferner, dafür Sorge zu tragen, daß Polizeibeamte, die mit der Überwachung von öffentlichen Versammlungen betraut sind, entweder sofort kurz schriftlich genau mitzuschreiben, oder alsbald nachher zu Papier bringen, damit sie später in der Lage seien, Inhalt und Wortlaut in der Hauptverhandlung mit Sicherheit zu beibringen.

## Wirtschaft in der Wirtschaftspartei.

Colosser's Klage gegen Drowitz abgewiesen.

Die 8. Zivilkammer am Landgericht III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Grohne hatte sich gestern mit der Entscheidung einer Klage zu befassen, die Abg. Colosser gegen den Parteivorsitzenden Drowitz angestrengt hat. Er fordert die Unterlassung einer Reihe von Behauptungen, die gegen ihn infolge der bekannten Auseinandersetzungen innerhalb der Wirtschaftspartei veröffentlicht worden sind.

Gegenüber den Ausführungen des klägerischen Anwalts beantragte der Vertreter des Beklagten, die Klage in vollem Umfang abzuweisen. Herr Colosser sei aus der Partei ausgeschlossen worden, darüber hätten sich die Parteimitglieder sachlich ausgesprochen. Der Fall Colosser sei für die Wirtschaftspartei erledigt. Es bestähe gar keine Gefahr mehr der Wiederholung jener Behauptungen. Außerdem werde in der Klage gar nichts genau gesagt, welche Behauptungen unterlassen werden sollten.

Nach ziemlich scharfen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien, bei denen auch Colosser selbst das Wort ergriff, wurde die Klage vom Gericht aus prozessualen Gründen zurückgewiesen, da sie einer ausreichenden Begründung entbehre.

## Die deutsch-polnischen Verträge.

Ein Friedenswert.

Warschau, 17. März.

Im Senat empfahl der Referentenbericht die Annahme des Handelsvertrages und des Liquidationsabkommens mit Deutschland. Außenminister Salski betonte, daß diese Verträge

ein gerechter und billiger Ausgleich der beiderseitigen Interessen

sind. Beim Liquidationsabkommen habe Polen finanziell gut abgefunden, während Deutschland durch Einstellung der Liquidationen Vorteile moralischer Natur und einen Prestigeerwerb erlangt habe. Der Minister betonte die große Bedeutung des Handelsvertrages für die beiden Staaten und für die Befriedung Europas.

Die Ratifizierung ist mit überwiegender Mehrheit beschlossen worden.

## Attentat auf Goebbels.

Alarm und Erinnerung.

Am Tage nach dem Mordanschlag eines Hamburger Rassisten auf den ihn vernehmenden Vorgesetzten (siehe das Goebbels-Blatt, er sei nur durch höchstgehörige Kalibütigkeit einem Attentat durch eine — Papprolle mit Hindernissen entgangen.

Es ist schon lange her und Goebbelslein war noch ganz klein, als der „Simpfziffismus“ eines Tages mit einem stilvollen Titusbild des Meisters Th. Th. Heine erschien. Man sah Serenissimo, den Landesherrn, in seinem Kokologarten. Vor ihm, tief kahnbekleidet, einen Briganten a la Fra Diavolo mit Räuberhut und Wasko, die rauchende Pistole in der Hand, doch unter dem Mantel die Pistole und unter dem Hut das Puderzöpfchen. In ostentatlichen Lettern stand darunter etwa folgendes zu lesen:

Gleichwie die Sonne am Firmamento heller erstahlet / wenn Gewitter mit Bliz und Donner sie verhuilet / sind auch Allerhöchstem Ansehen ruchlose Anschläge sehr ferdertlich / Son Altesse haben darum allergnädigst ein Attentatum gegen höchst mich selbst zu verordnen und dem Attentatorem den Charakter eines Wirklichen Geheimen Attentatsrates zu verleihen geruht.

Rassenrichtungen in China. In Kanton hat man eine kommunistische Verschwörung unter den chinesischen Regierungstruppen aufgedeckt. In Smotau wurden 73 Offiziere und Mannschaften standrechtlich erschossen. 100 andere erwartet noch das gleiche Schicksal.

# Die Vertreibung aus dem NSDAParadiese.

Hilfer stellt den Hamburger Mörder den Nazianwalt Franz II als Verteidiger.



Cherub Hitler: „Ich verstoße euch aus der Partei — in die Arme des Pg. Rechtsanwalt Franz II!“

# Sozialdemokratie und Fünfjahrplan

Breitscheid brandmarkt kommunistische Agitpropplügen.

In der Reichstagsitzung am gestrigen Dienstag, über deren Beginn wir schon berichtet haben, sprach in der fortgesetzten Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums

Abg. Dr. Winkshuh (Staatsp.), der die Reallohnstatistik des Internationalen Arbeitsamtes als höchst irreführend bezeichnet; ihr ist der Trugschluss zuzuschreiben, daß der Reallohn der deutschen Arbeiter weit zurückbleibe hinter denen der anderen Länder. Der Geschäftsbericht des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes stellt das zutreffend fest. Da diese Genfer Statistik

das Märchen von einem deutschen Lohndumping

verbreitet, sollte das Arbeitsministerium sie nicht länger unterstützen. Abg. Frau Eilner (D. Sp.) verlangt größere Fürsorge für die werdenden Mütter und Förderung der Müttererholungskursen in Heimen.

Abg. Thiel (D. Sp.): Im Genfer Arbeitsamt hat man, unbekannt mit die Weltkrise, die Gehälter um 20 Prozent erhöht. Dem hätte das Arbeitsministerium widersprechen sollen.

Ein neuer Antrag der Sozialdemokraten fordert Bewilligung von 3 Millionen Mark für die Kindererziehung und Deckung aus der Lastenbesteuerung.

Abg. Junk (Komm.) macht die Bergbehörden und das Arbeitsministerium für die jüngsten Grubenkatastrophen verantwortlich. Ministerialdirektor Welgelt: Die Erhöhung der Gehälter im Berg ist die Folge des vom Völkerverbund beschlossenen neuen Personalgesetzes.

Abg. Schröder-Wertheim (Komm.) fordert Erhöhung der Mittel für die Wochenhilfe. Die Aussprache ist geschlossen. Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes. Verbunden damit ist die Beratung zahlreicher Staatsverträge. Ausschussberichterstatter ist Dr. Schne e (D. Sp.).

## Reichsaußenminister Dr. Curtius

spricht über Verwehungsfragen. Im Auswärtigen Amt wird nachdrücklich gepart. Die Abbaumassnahmen sind noch nicht abgeschlossen. Das Schlagwort von der Ueberbesetzung der deutschen Missionen im Ausland ist nicht berechtigt. Immerhin wird auch da an einer Verbesserung der Organisation weiter gearbeitet. Genauer Prüfung hat die im vorigen Jahr gegen die Verwahrung des Auswärtigen Amtes erhobenen Vorwürfe als stark übertrieben erwiesen.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) sieht allmählich eine soziale Basis des Auswärtigen Amtes aufsteigen, nämlich in den Sozialistischen. Dies leicht aber gelangen wir dahin, daß einmal jeder Beamte des Auswärtigen Amtes ein Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler ist. In der Minderheitenabteilung ist ein Redensin, daß z. B. die Auslandsdeutschen nicht wissen, an wen sie sich zu wenden haben. Gegen die vielen Anträge in Flugblättern usw. in der Woche auf das Auswärtige Amt hat dieses sich gar nicht gewehrt; das haben dann viele Abgeordnete befragen müssen, was sein Vergnügen war.

Bei unserem Ueberfluß an Studenten könnte viel mehr für die geistige Begründung unserer Minderheitenarbeit getan werden; ebenso müßte unsere eigene so gerechte Minderheitenpolitik weit mehr in der Welt bekanntgemacht werden.

Warum kümmern sich unsere Diplomaten so wenig um die deutschen Auslandschulen? Italien, Polen und kleinere Staaten fördern ihre Auslandschulen ganz anders als wir.

Abg. Stöcker (Komm.) wiederholt die Moskauer Beschuldigungen der Sabotage und Interventionsabsicht gegen die russische, und die deutsche Sozialdemokratie; die Sozialdemokraten widersprechen sofort in lebhaften Zwischenrufen.

Abg. Sachsenberg (Wirtschp.) führt aus, daß aus dem Rapallo-Vertrag nur Rußland Vorteil gezogen habe, nicht aber Deutschland. Der Fünfjahrplan wird wohl nicht scheitern, sein Gelingen bedroht unsere Wirtschaft, und zur Vorbeugung müssen wir den Handelsvertrag kündigen, um ihn durch einen besseren zu ersetzen.

Abg. Dr. Schnee (D. Sp.) tritt für Wiedererwerb deutscher Kolonien ein und gerät dabei in eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Der Kommunist heuert erhält einen Ordnungsruf, bedankt sich dafür beim Präsidenten und wird deshalb hinausgewiesen.

Abg. Abel (Volksnat.) meint, das Auswärtige Amt sei durch die Beschränkung seiner Finanzmittel in der notwendigen Arbeit gehemmt.

Abg. Dr. Reinhold (Staatsp.) wünscht noch vor der Sommerpause Ratifizierung des Handelsvertrages mit Polen.

## Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Herr Sachsenberg hat von einem italienischen Verrat beim Flottenabkommen mit Frankreich und England gesprochen. Das kommt nur jemandem, der erstlich auf eine ewige Feindschaft zwischen Frankreich und Italien spekuliert und daraus Schlüsse auf eine deutsch-italienische Zusammenarbeit gezogen hat. (Sehr gut! links.) Ueber die innere Apparatur des Auswärtigen Amtes spricht

man besser im Ausschuss. Auch wir wünschen weitestgehende Sparsamkeit, aber wir wünschen auch, daß die Gefahr einer Plutokratisierung des Auswärtigen Dienstes vermieden wird, die nur Anwältern mit dem nötigen Geld den Eintritt in den auswärtigen Dienst ermöglichen würde. Ein Redner hat auch von gewissen Kanälen gesprochen, durch die Industrietionen vom Auswärtigen Amt zu sehr weit rechts stehenden Parteien gelangen.

Wir halten es für unabweislich, daß die jungen Anwärter zum heutigen Staat erzogen werden. Es gilt unter den jungen Männern geradezu als guter Ton, sich zur Rechten zu bekennen und diese Staatsauffassung den Kollegen als die vornehmere und dem Diplomaten angepafierte zu bezeichnen.

(Hört, hört! links.) Man stellt bei den Prüfungen sehr hohe Anforderungen, aber gerade die nicht, daß die jungen Herren auf dem Boden des heutigen Staates zu stehen haben. (Sehr wahr! links.)

Herr Sachsenberg hat Auskunft über die Ernennung des Dr. Egan Wertheimer in die Informationsabteilung des Völkerverbundes verlangt und sich darauf berufen, daß wir parteipolitische Routine bei solchen Ernennungen ausgeschlossen sehen wollen. Das ist richtig, bedeutet aber nicht, daß jemand deshalb, weil er Sozialdemokrat ist, weniger fähig und geeigneter für eine solche Stellung sein soll. (Beifalls Zustimmung links.) Wir wünschen, daß die deutschen Auslandsvertreter mit den deutschen Schulen und Kolonien in enger Verbindung stehen. Solche Kolonien freilich, wie die in Mittel- und Südamerika, die seit 1914 nichts gelernt haben, die selbst bei offiziellen Feiern statt der Fahne der deutschen Republik die Kaiserflagge zeigen, solche Kolonien haben die Vertreter der deutschen Republik zu meiden, und Reichsgelder dürfen für diese Kolonien und ihre Veranstaltungen nicht verwendet werden. (Beif. Zustimmung links und in der Mitte.)

Nach einem Antrag der Wirtschaftspartei sollen 100 000 Mark für ein Preisauschreiben bewilligt werden, durch das eine besonders beweissträchtige Schrift über den Rachteil der deutschen Reparationsleistungen für Deutschland und für die ganze Welt erlangt werden soll.

Eine solcher Art preisgekürzte Schrift würde im Ausland als offizielle Propaganda erscheinen und sich dadurch selbst um ihre Wirkung bringen.

Ein zweiter Antrag der Wirtschaftspartei will im Zusammenhang mit dem deutsch-belgischen Handelsabkommen die Förderung nach Rückzahlung von Cupen und Raimedy erheben.

Wie Sozialdemokraten haben die Costrennung von Cupen und Raimedy immer als einen schweren politischen Fehler und als ein schweres Unrecht gegen Deutschland erklärt. Eine Volksabstimmung würde sicher für die Rückkehr zum Reiche ausfallen.

Die gleichzeitige Erhebung dieser Forderung mit der Zustimmung zum Abkommen dürfte nicht zum Erfolg beitragen. Gegen den Antrag kann man aber nicht stimmen, und so nehmen wir ihn an.

Die Kommunisten beantragen, dem Außenminister jetzt die Bewilligung für seine Rede vom 7. Februar auszusprechen, weil er dort das Recht Deutschlands vertreten hat, wieder Kolonien erwerben zu wollen. Es scheint den Kommunisten erst jetzt das Verwerfliche dieses Auftretens eingefallen zu sein. (Heiterkeit.)

Wie Sozialdemokraten sind gegen den Erwerb von Kolonien für Deutschland, vor allem deshalb, weil wir davon politische Vermittlungen fürchten, die wir nicht zu ertragen vermögen.

Die Gegenründe Dr. Schnees können uns nicht überzeugen. Aber es ist etwas ganz anderes, für ein Recht einzutreten und die Frage zu bejahen, ob es nützlich ist, von ihm Gebrauch zu machen. Der Minister hat nichts anderes getan, als die Gleichberechtigung Deutschlands mit den anderen Staaten zu vertreten. Das mißbilligen wir nicht.

Den Hauptteil seiner Rede hat Herr Stöcker zu Angriffen gegen uns benutzt; das muß er ja. Wir werden langsam abgehört und hören auf. Ihre Ausführungen ernst zu nehmen. Herr Stöcker hat wieder einmal eine Resolution vorgetragen, die der nichtöffentliche Auswärtige Ausschuss gefaßt hat, und worin auf dem Gebiete der Abrüstung und der Sicherheit

die volle Gleichberechtigung mit den anderen Ländern auch für Deutschland gefordert wird. Das bezeichnet Herr Stöcker als Forderung und Beginn der Aufrüstung. Dabei weiß er genau so wie alle, daß wir uns im Auswärtigen Ausschuss bei jeder Gelegenheit denen entgegenstellen, die ein Recht Deutschlands zur Aufrüstung fordern; aber aus agitatorischen Gründen hält Stöcker es für zweckmäßig, von diesem Wissen keinen Gebrauch zu machen.

(Sehr wahr!) Wir haben die Bemühungen der Herren Graf Westarp, von Seckl usw. jedesmal als durchaus verfehlt bezeichnet, wir haben stets gesagt, daß die ganze Kraft unserer auswärtigen Politik in den nächsten Monaten und Jahren darauf einzustellen ist, daß die anderen zur Abrüstung genötigt werden. Wenn man freilich von vornherein es als ein Unrecht bezeichnet, für Deutschland Gleichberechtigung auf diesem Gebiete zu fordern, so arbeitet man demjenigen in die Hände, die, wie der französische Kriegsminister Maginot in der Kammer auseinandergesetzt hat, der Auffassung sind, die besiegten Staaten und besonders Deutschland müßten für alle Zeiten auf dem Gebiete der



Abrüstung strenger behandelt werden als die Siegerstaaten. Wenn Herr Stöcker die Forderung der Gleichberechtigung als Abrüstungspropaganda hinstellt, so liefert er denjenigen Material, die nur nach Vorwänden suchen, nicht abzurufen. (Lebh. Zustimmung. — Anbauerndes Geschrei der Komm.) Vielleicht ist Herr Stöcker sich nur nicht klar gewesen über die Tragweite seiner Worte. Aber nun können andere sich darauf berufen, daß Deutschland von den Nationalisten bis zu den Sozialdemokraten die Abrüstung wolle und daraufhin die anderen eben nicht abzurufen. (Anbauerndes Geschrei der Komm.) Nun, wenn Schöppin gemeint hat, das Zusammengehen mit Herrn Groener sei ihm angenehmer, als etwa mit Herrn Stöcker, so wird er dafür seine Gründe gehabt haben. (Heiterkeit.) Herr Stöcker hat auch unsere Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers B vorweggenommen. Zunächst hat meine Fraktion einen Entschluß auf diesem Gebiet noch nicht gefaßt. Wir haben die schwersten Bedenken gegen den Bau, sowohl allgemein politische wie finanzielle und soziale. Aber nicht benutzen kann man das Argument, daß der Bau dieses Schiffes unter den Begriff der Abrüstung falle.

Welche Mehrheit immer den Bau dieses Schiffes beschließen mag, er ist und bleibt nichts anderes als der Ersatz für ein schon vorhandenes Schiff und bleibt damit durchaus im Rahmen der Versailles Vorschriften.

(Geschrei der Komm.) Im Gegensatz zur Rechts sind wir nicht der Meinung, daß unter allen Umständen die Versailles Wehrvorschriften vollkommen ausgeschöpft werden müssen. Aber niemand im Ausland hat das Recht, Deutschland irgendeinen Vorwurf aus diesem Schiffbau zu machen, der sich im Rahmen des Versailles Friedens hält; auch deshalb nicht, weil das Ausland bis heute die feierliche Abrüstungsverpflichtung von Versailles nicht ausgeführt hat. Der Bau des Panzerkreuzers B hat mit dem Problem der Abrüstung und Aufrüstung nicht das geringste zu tun. (Lebh. Zustimmung. — Geschrei der Komm.)

Weiter hat Herr Stöcker versucht, durch Indizien eine Mitwirkung der deutschen Sozialdemokratie bei angeblichen Sabotageversuchen gegen den russischen Fünfjahresplan und sogar bei Interventionsabsichten gegen Sowjetrußland zu beweisen.

Zwei russische Ereignisse waren in der letzten Zeit von besonderem Interesse: der pompöse Empfang und die herrliche Bewirtung der deutschen Industriellen, die wohl die Schlussfolgerung gestatten, daß die russischen Bolschewisten sobald die Weltrevolution nicht nach Deutschland tragen werden, da man doch nicht seine eigenen Geschäftsfreunde ruinieren will. (Heiterkeit. — Lärm der Komm.) Das andere Ereignis war jener Prozeß, der nach Stöcker die Mitwirkung der deutschen Sozialdemokratie an angeblichen Sabotageakten in Rußland erwiesen haben soll. Wir kennen die Anklageschrift, wir haben auch die Zeugnisauslagen vor- und rechtzeitig zugefandt erhalten. Darin steht auch, daß ich persönlich an Besprechungen über solche Sabotageakte teilgenommen hätte. (Heiterkeit.) Das ist nicht dümmer als das übrige.

Wir erklären, daß alles, was über Abramowitsch und über die deutsche Sozialdemokratie dort behauptet und gesagt wird, nichts anderes als eine groteske Lüge ist.

(Lebh. Zustimmung der Soz.) Wenn die Kommunisten glauben, noch etwas mehr darüber sagen zu können, so bitte ich sie, den Widerspruch aufzuklären, der zwischen den ganz unkontrollierbaren Aus-

sagen der Angeklagten in Moskau und den Aussagen von Leuten besteht, die hier in Deutschland jeden Tag bereit sind, ihre Aussagen vor jedem Gericht unter Eid zu wiederholen. (Zuruf von den Komm.: Warum kommen sie nicht nach Rußland?) Weil sie nicht erschossen werden wollen! (Gelächter und Geschrei der Komm.)

Wenn wir uns von den russischen Verhältnissen nicht so überzeugen können, wie Herr Sachenberg und andere, denn Untersuchungsreisen unserer Partei stoßen auf weit geringere Sympathie, so

haben wir durchaus den Wunsch, daß der Fünfjahresplan gelinge, die russische Wirtschaft und mit ihr die russischen Arbeiter sich in jeder Weise erholen mögen.

In der Erfüllung dieses Wunsches sehen wir keine internationale Gefahr. Ein Land, das sich wirtschaftlich nicht absperrt, kann auf die Dauer ein viel besserer Absatzmarkt für ausländische Waren werden und damit den deutschen Arbeitern viel mehr nützen als durch seinen heutigen Zustand. Deshalb wäre es töricht, wenn wir diese Tatsache nicht anerkennen würden.

Wir haben den Eindruck, daß gewisse Leute die Aussichten auf eine Verwirklichung des Fünfjahresplans als große Gefahr hinstellen, um ihre Vorschläge zu einer legendäre gearbeteten Abwehraktion gegen Rußland dahinter zu verstecken.

Herr Sachenberg hat das offen gesagt, soweit die Handelsvertragspolitik in Betracht kommt. Andere sprechen von anderer Mäßigkeit. Wir aber warnen vor der Betretung solcher Wege.

Alles, was in Rußland geschehen mag, und sehr vieles geschieht ohne unseren Beifall, kann uns nicht dazu bestimmen, irgendeine Gemeinschaft mit Plänen einer Intervention in Rußland oder irgendwelcher Maßnahmen, die über das handelspolitisch Uebelste hinausgehen, gegen Rußland zu bilden.

(Anbauerndes Geschrei der Komm.) Ihnen paßt das nicht; Sie haben keinen größeren Wunsch, als beweisen zu können, daß wir deutschen Sozialdemokraten eine Intervention gegen Rußland wollten. Wir sind dazu nicht nur nicht bereit, wir warnen nachdrücklich das Auswärtige Amt und alle sonst in Betracht kommenden Instanzen vor einer solchen Politik. Das Auswärtige Amt darf sich die Politik gegenüber Rußland von keinem anderen Ressort aus der Hand nehmen lassen. (Sehr wohl! bei den Soz.)

Die Wege der auswärtigen Politik, die wir gehen, sind vollständig im Einklang mit den besten sozialistischen Lieberlieferungen; diese Wege werden schließlich zum Segen Europas und zum Segen Deutschlands führen! (Lebh. Beifall der Soz.)

Nach weiteren Reden der Abgg. Frau Dr. Mah (D. Sp.) und Dr. Jörissen (Wirtschp.) wendet sich Abg. Joos (S.) gegen die Behauptungen Stöckers.

### Abstimmungen.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Abgelehnt wird auch der kommunistische Antrag auf Mißbilligung der Erklärung des Außenministers über eine „koloniale Wiederbeschäftigung Deutschlands“. Der Haushalt wird angenommen, die verschiedenen Staatsverträge werden genehmigt.

Die Entscheidung der Wirtschaftspartei über Eupen-Matmedn wird angenommen.

Es folgen die Abstimmungen zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Vor der Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag erklärt

Abg. Köster (Wirtschp.), keine Fraktion lehne den Mißtrauensantrag ab, sie spreche damit nicht dem Minister Siegerwald ihr uneingeschränktes Vertrauen aus, wolle ihm aber Gelegenheit geben, die schädliche Politik seiner Vorgänger wieder gutzumachen.

In namentlicher Abstimmung wird der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Arbeitsminister mit 308 gegen 54 kommunistische Stimmen abgelehnt.

Die kommunistischen Anträge werden sämtlich, zum Teil in namentlicher Abstimmung, abgelehnt, so auch der Antrag, der Knappschuß 50 Millionen zu geben, nachdem

Abg. Limberg (Soz.) auf die schwebenden Verhandlungen über einen sozialdemokratischen Antrag hingewiesen hatte, der das gleiche anstrebt.

Die vielen Entschlüsse des Ausschusses, die zum großen Teil auf sozialdemokratischen Antrag soziale Verbesserungen fordern, werden angenommen.

Den sozialdemokratischen Antrag auf Bewilligung von drei Millionen für Kinderspeisung

beanstandet der Volksparteiler Cremer damit, daß die darin vorgesehene Dedung aus der Lantiensteuererhöhung noch nicht genügend begründet sei, da diese Steuer noch nicht verabschiedet ist. Dem Sozialdemokraten Aufhäuser bestätigt Präsident Löbe, daß solche Dedungsvorschläge schon wiederholt als ausreichend erachtet worden sind. Der Kommunist Torgler erinnert daran, daß die bürgerlichen Parteien beim Wirtschaftsministerium über 700 000 M. zur Fortführung eines Bergbaues bewilligt haben, wofür man jetzt noch die Dedung sucht.

Im Hammersprung wird der Antrag Cremer auf Zurückstellung der Entscheidung bis zur dritten Lesung mit 178 gegen 159 Stimmen abgelehnt und der sozialdemokratische Antrag selbst angenommen. Nach Ankündigung des Präsidenten soll bis zur dritten Lesung eine grundsätzliche Einigung über die Behandlung der Dedungsfrage herbeigeführt werden.

Reaktionäre Anträge der Wirtschaftspartei werden abgelehnt. In verschiedenen Fällen, wo die Kommunisten allein für ihre Anträge stimmen, rufen sie: „Wels, wo bleibt der zweite Mann?“ Da durch dieses Rufen Irrtümer bei den unzähligen Abstimmungen verschuldet werden können, ersucht der Präsident, diesen Witz zu unterlassen.

Gegen 20 Uhr sind die Abstimmungen und der Haushalt erledigt. Das Haus vertagt sich auf heute Mittwoch, 13 Uhr: Haushalt der Reichspost und Geheh über mündelstehere Papiere.

### (Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geeser; Wirtschaft: G. Ringelbiller; Gewerkschaftsbewegung: J. Seiner; Neulisten: Dr. John Schifowski; Lokales und Sonstiges: Reichsstadt; Anzeigen: H. Glöde; Umkle in Berlin. Berlin: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Seite 2 Beilage.

# SONDER-VERKAUF

## Korsette

Verkauf sowohl Vorrat - Mengengabe vorbehalten

**Die Herstellung des FELINA-CORSELETS**

zeigen wir in unseren Häusern LEIPZIGER STRASSE und ALEXANDERPLATZ an den Spezial-Korsett-Abteilungen im I. Stock. Zu diesem Zweck haben wir eine Reihe modernster Spezialmaschinen aufgestellt

„Ski“ „die Spezialmarke für starke Figuren“

Wir unterhalten ständig ein grosses Lager in Corselets, Hüfthaltern und Büstenhaltern der Marken „Ski“ und „Plastica“

|   |      |
|---|------|
| Kunstseiden-Schlüpfer guter Tricot.....                 | 1,90 |
| Charmeuse-Unterkleid mit handgefärbter Seldenblende.... | 4,90 |
| Schlafanzug aus gutem Batist                            | 4,90 |

- |   |  |   |   |   |  |
|---|--|---|---|---|--|
| <b>Plastica-Hüfthalter</b><br>(Abb. 1), mit Schnürung, ohne Gummi, besonders für starke Figuren ..... <b>5,75</b> | <b>Felina-Hüfthalter</b><br>(Abb. 2), gemusst, Atlas, ganz gefüllt, sehr elegant <b>4,75</b> | <b>Felina-Corselet</b><br>(Abb. 4), gut ausgearbeitete Charmeusebrust, seitlich zum Haken, Rücken geschlossen <b>3,90</b>                                     | <b>Plastica-Hüfthalter</b><br>(Abb. 6), mit Strickgummiteil u. Zwickel, hervorr. Sitz <b>8,90</b> | <b>Plastica-Corselet</b><br>(Abb. 8), für starke Figuren, mit eingearbeiteter Verstärkung besonders fest verarb., völliger Ersatz für Massage... <b>12,75</b> | <b>Felina-Hüfthalter</b><br>(Abb. 10), lange, taillierte Form, seitlich zum Haken, sehr elegante Verarbeitung..... <b>4,90</b> |
| <b>Ski-Büstenhalter</b><br>(Abb. 1), für starke Figuren geeignet ..... <b>2,95</b>                                | <b>Büstenhalter</b><br>(Abb. 2), Milanesse, mit ausgearbeiteter Spitzenbrust <b>1,95</b>     | <b>Felina-Hüfthalter</b><br>(Abb. 5), für starke Figuren, extra starker Satindrell, verstärkte Magapartie, Rückenschnürung, Ersatz für Massage... <b>5,50</b> | <b>Sportgürtel</b><br>(Abb. 7), hochwertiger Brochéstoff, seitlich z. Haken <b>2,95</b>           | <b>Felina-Corselet</b><br>(Abb. 9), eleganter Broché, gut ausgearbeitete Charmeusebrust, hervorragender Sitz <b>5,90</b>                                      | <b>Büstenhalter</b><br>(Abb. 10), für starke Figuren, gefüllter Atlas, mit angearbeiteter Spitzenbrust... <b>4,50</b>          |

# HERMANN



# Sturm auf Monbijou.

## Eine Erinnerung zum 18. März.

Wer heute das Schloßchen Monbijou im Zentrum Berlins besucht, kann dort, wenn es ihm Spaß macht, im Hohenzollern-Museum die Orden, Helme und Uniformen unserer verschiedenen Kurfürsten und Könige bewundern. Am 18. März 1848 spielten sich beim Schloß Monbijou Vorgänge ab, die, ohne besonderen Einfluß auf die Entwicklung des Kampfes zwischen Volk und Militär, doch dazu angehen, das Verhalten der Bürger, Arbeiter und Soldaten an dem historischen Tage zu kennzeichnen.

Damals wohnte in Monbijou der sogenannte Marineprinz Adalbert von Preußen, außerdem diente das Schloß als Gewahrsam für Kunstschätze des Altertums. Im Hauptgebäude im Garten waren das Ägyptische Museum und eine Sammlung von deutschen Altertümern untergebracht. Der Konservator dieser Sammlungen war ein würdiger Professor, Hotho mit Namen, wie die meisten Gelehrten seiner Zeit, ein biederer, bürgerlich demokratischer Mann, dem aber im Herzensgrund nichts so hoch und heilig war als der Schutz seiner Altertümer. Am kritischen 18. März war die Wache durch ein Kommando von 60 Mann Artillerie unter Befehl eines Leutnants von Reibnitz verstärkt worden. Als Hauptaufgabe war ihm freilich gegeben, weniger die Kunstschätze als die Wohnung seiner königlichen Hoheit zu beschützen. In den letzten Monaten war nun bei den Stadtverordneten zur Sprache gebracht, daß der linke Flügel des Gartenschloßes Monbijou auf städtischem Gelände erbaut sei, wodurch die Verbindung mit der Oranienburger Straße erschwert wurde. Deshalb war der Antrag gestellt worden, den König zu bitten, daß er einen Teil des Schloßes abtragen lasse. Ein Bescheid war noch nicht erfolgt, und als sich am 18. nachmittags bei Beginn des scharfen Schießens in der Königstraße eine Menge auf dem Monbijouplatz einfand, ward aufgefordert, kurzen Prozeß mit der Straßenerweiterung zu machen und den auf Grund und Boden der Bürger stehenden Flügel des Schloßes, der doch nur eine „alle Gartenzubehör“ sei, abzutragen. Der wackere Professor eilte herbei, um seine Kunstschätze zu erhalten und bot zuerst dem jungen Leutnant seine Unterstützung zur Beruhigung der Menge an. Herr von Reibnitz aber, ganz königlich preussischer Leutnant, lehnt die guten Dienste eines Zivilisten ab, und erst auf Drängen des Gelehrten, daß doch die Erhaltung einer Sammlung von unschätzbaren Kunstwerten das allerwichtigste sei, gestattete er Professor Hotho, zu der aufgeregten Menge zu sprechen. Dieser, im Vertrauen darauf, daß ihm, dem bekannten demokratischen Vertreter der Wissenschaft, vom Volke nichts geschehen würde, begab sich mit seinem Sohn mitten in die Menge; und er tat recht daran. Kein Haar wurde gekümmert. Einige Studenten, damals, im Gegensatz zu vielen ihrer Kollegen von heute, würdige Kämpfer der Freiheit, fanden sich bereit, zum Volke zu sprechen und es dringend zu bitten, die kostbaren Sammlungen zu erhalten. Die Wache sah die Notwendigkeit sofort ein und verlangte nur eins, daß die Befehle die Wachen ausliefern und den Garten verlassen. Alles schien in bester Ordnung, als, wie so oft in der Geschichte der Revolutionen, ein unvorhergesehener Zwischenfall eintrat. Man sagt, daß ein Stein gegen die Wache geworfen sei. Aber erwiegen ist dies nicht. Kurzum — während der Leutnant und der Professor verhandelten, ließ ohne Befehl ein Unteroffizier Feuer geben; einem Arbeiter wurde die Hand zerschmettert, und ein Anwohner, der auf seinem Balkon stand, erhielt einen Schuß in die Wade. Das war für die Wache

### das Zeichen zum Sturm.

Man drang gegen die Truppe vor, die Sammlung war in höchster Gefahr. Wleder war es nicht der Offizier, sondern der Gelehrte, der die Rettung brachte. Mit den Studenten stellte er sich zwischen Volk und Militär und erreichte, daß der Leutnant mit strengsten, weit vernehmbarsten Worten dem Unteroffizier sein Verhalten

verwies. Gleichzeitig erteilte er den Befehl, den Garten durch die Hintertür nach der Ziegelstraße zu verlassen und zur Kaserne zurückzukehren. Bewaffnete und Fackelträger durchsuchten den Garten nach Soldaten und Waffen, der Professor, die Studenten, der Gärtner und seine Gehilfen standen an den Eingängen zu den Räumen und riefen dem Volke zu: „Nationaleigentum, Altertümer!“ Und damit der Humor nicht fehle, ereignete sich dieser Zwischenfall: Als an einer der Türen im Innern des Gartenschloßes, hinter der man Soldaten versteckt glaubte, von der Menge heftig angeknöpft wurde, trat eine hochbetagte Dame heraus und rief mit hoher Stimme und feierlichem Ernst: „Altertum, nichts wie Alter-

tum!“ Ein Fackelträger, echter Berliner, besuchte die überraschende Gestalt und sagte begütigend: „Legen Sie sich ruhig zu Bett, liebe Mutti, Achtung vor dem Altertum!“ Die Kunstschätze und das anliegende Kupferstichtabinett waren gerettet, und in einer alten Chronik „Antike Berichte und Mitteilungen über die Berliner Barrikadenkämpfe“ steht der bezeichnende Satz: Sie (die Kunstschätze) blieben unter dem Schutz einiger wohlgeinteter Männer des Volkes. Noch einmal zog in der Nacht ein Volkshaufe mit Fackeln heran, wieder trat unser Professor vor und bat, den Führer sprechen zu können. Dies war ein mit einem Infanteriegewehr bewaffneter Handwerker. Der tapfere Hotho erklärte ruhig, daß hier schon alles getan und die Wache von den Bürgern genommen und befehligt sei. Er möge mit seinen Leuten dahin ziehen, wo Hilfe not tue und noch gekämpft werde. Der brave Mann ließ sich bedeuten und zog mit seiner Mannschaft weiter nach der Neuen Promenade.

Eine kleine Episode aus großer Zeit! Aber eine Episode, die, wie wenige, Verhalten und Einstellung der einzelnen Akteure im Revolutionsgeschehen von 1848 beleuchtet!

# Stadtverordneten-Kleinarbeit.

### Massenerledigung von Anträgen. — Beamtenanträge der Sozialdemokratie.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde wieder fleißig und schnell gearbeitet. Zahlreiche Anträge fanden ihre Erledigung. Wichtige Beamtenanträge der Sozialdemokraten wurden angenommen.

Der Vorsteher, Genosse Haß, eröffnete die Sitzung mit einem Rapport auf den kürzlich verstorbenen Stadtverordneten Lüdicke (Dnat.), der eines der dienstältesten Mitglieder der Versammlung war.

Die im gestrigen „Abend“ mitgeteilte Vorlage des Magistrats wegen des **Anbaus von Gelände am Siemensdam — Nonnendamm** für den geplanten Bau des **Städtischen Siemensdam — Weithofen** wurde ohne Debatte einem Sonderauschuß überwiesen. Die Dringlichkeit war im Kellerterrat von den Kommunisten bestritten worden, das Plenum war aber entgegengelehrt Ansicht. — In einem Antrag forderten die **Deutschnationalen**, daß analog den Bestimmungen für die Aufnahme katholischer Wohlfahrtsbetreuer in katholischen Krankenhäusern auch die **Aufnahme evangelischer Wohlfahrtsbetreuer in evangelischen Krankenhäusern** stattfindet. Die **Volkspartei** hatte zu dem Thema auch einen Antrag eingebracht. Die **sozialdemokratische Fraktion** legte sich in einem Antrag dafür ein, daß von der Stadt **Wohlfahrtsunterstützungsempfänger** nicht in private Krankenhäuser eingewiesen werden, solange noch in städtischen Anstalten Plätze frei sind. Die **Deutschnationalen** haben in der bisherigen Praxis eine Behinderung der Kranken in der Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse. Genossen

### Dr. Frankenthal

betonte, daß jeder Kranke in jedem städtischen Krankenhaus die von ihm gewünschte religiöse Betreuung erfahren kann. Sie hat um **Annahme des sozialdemokratischen Antrages**. Der **Stadtmedizinalrat Prof. Dr. von Drigelski** sagte eine wehrerwährende Berücksichtigung der **Wünsche religiöser Interessierter** bei der Aufnahme in kommissionell orientierte Anstalten zu. Nach einer Debatte, in der die religiös interessierten Fraktionen tritten, beantragten die **Volkspartei** sogar eine namentliche Abstimmung über die Anträge. Der **sozialdemokratische Antrag** wurde angenommen, die anderen abgelehnt. Zu den Rechten des Magistrats gehört es, **Verträge abzuschließen**, ohne daß er gehalten ist, über jeden Vertrag der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen.

Die **sozialdemokratische Fraktion** forderte **Abänderung dieser Praxis**.

Beschlossen wurde, daß der Magistrat über alle Verträge, die Verpflichtungen der Stadt über 25 000 M. hinaus enthalten, oder die über das Etatjahr hinausgehen, der **Versammlung** Verzeichnisse vorzulegen hat. Bei Vorhaben, die Mittel über 50 000 M. erfordern,

oder bei Vorhaben, die sich über mehrere Jahre erstrecken, soll der Magistrat der **Versammlung** die **Gesamtkosten** und die **voranschlägliche Dauer** angeben. Schließlich soll der Magistrat **Bürgerschaftsverträge** nur nach Zustimmung durch die **Stadtverordneten** abschließen.

### Anträge über Anträge.

In Erledigung eines Antrages des Zentrums ersuchte die **Versammlung** den Magistrat, dafür zu sorgen, daß die **bestehenden Vorschriften** für das **Heizen der Schulen** auch in Zukunft beachtet werden. (Der Magistrat hatte Sparmaßnahmen angeordnet.) Ueber einen **Protestantrag** der **Kommunisten** gegen eine **Veränderung der Volksküchen** wird die **Versammlung** am **Donnerstag** abstimmen. Für die **Herabgabe der Turnhallen** und der **Sportplätze** zu **ermäßigten Benutzungsgebühren** an die **kommunistischen Sportvereine** legte sich ein **Antrag** der **kommunistischen Fraktion** ein; in der Sitzung machte sich **Stadt. Müller (Komm.)** dafür stark. Ueber diesen Antrag sowie über einen **Antrag** der **Sozialdemokraten**, der den Magistrat ersucht, es zu unterlassen, daß jetzt von den **Sportvereinen** für **Turn-, Spiel-, Sportplätze** und **Wassergrundstücke** die **Grundvermögenssteuer**, die bisher mit dem Ziele der **Niedererschlagung** gestundet war, **nachgehoben** wird, **kommt ebenfalls** am **Donnerstag** zur **Abstimmung**. Eine **Debatte** fand nicht statt. **Schluß** der **Sitzung** gegen **21 Uhr**.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm die **Versammlung** folgende **Dringlichkeitsanträge** der **sozialdemokratischen Fraktion** an:

1. Die **Stadtverordnetenversammlung** beschließt, den Magistrat zu ersuchen, der zur **Freigabe von Stellen** besetzungen eingeleiteten **besonderen Gemischten Deputation** (sechs Magistratsmitglieder und der **Beamtenschaft** der **Stadtverordnetenversammlung**) den **Einpruch** des **Oberpräsidenten** gegen die **Besetzungsordnung** **unzulässig** zur **Beratung** des **Gemeindeführers** (unter **Hinzuziehung** der **Organisationsvertreter**) zu **überweisen**.

2. Der Magistrat wird ersucht, **beschleunigt** der **Stadtverordnetenversammlung** die von ihr durch **einstimmigen Beschluß** geforderte **Verfügung** vorzulegen, durch die die **Angestelltenkündigungen** in der **Zentrale** und in den **Bezirken** **aufgehoben** werden sollten.

3. **Einstellige Entscheidungen** des Magistrats können den **Personalbestand**, wie er durch den **Etat** jeweils begrenzt wird, nicht **willkürlich verändern**. Die **Stadtverordnetenversammlung** wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in der **Zentrale** und in den **Bezirken** **Verringerungen** an **derzeitigen Personalbestand** nicht vorzunehmen oder vornehmen zu lassen, **erst** der **Haushalt** beraten worden ist.



„Vielleicht dauerts auch zwanzig Minuten“, fügt Papiendick müde hinzu, stößt schräg über die Straße zur Bank und nimmt die Drehtür mit Wucht.  
Fünf, sechs Männer sitzen wartend im überheizten Vorraum; ihre Mäntel dampfen. Ob die auch alle Hypotheken wollen? denkt er misstrauisch und doch gestützt durch die vermittelnde Schicksalsgenossenschaft.  
„Bitte sehr?“ singt ein junger Mann hinter der Schalterbank.  
Papiendick lehnt sich auf das glatte Holz und fragt in vertraulichem Tone: „Kann ich wohl den Chef sprechen?“  
„Worum handelt sich bitte sehr?“  
„Ach Gott — ich bin zufällig hier, das heißt geschäftshalber, nicht wahr — und da wollte ich bloß mal so fragen, so nebenbei — ich habe da so was läuten hören wegen —“  
„Wegen bitte sehr?“ kixt der junge Mann die Pause.  
Papiendick spitzt die Lippen und sagt stotternd, weil ihm das Gleichgültigkeit zu martieren scheint: „Wegen Hypotheken.“  
In der Leere seines Innern hallt sein eigenes Wort wider wie ein Bosaunenstoß, wie ein Donnererschlag . . . nun muß die Antwort kommen, die Entscheidung, der Urteilspruch des jüngsten Gerichts . . .  
„Hypotheken“, ehot der Tenor hinter der Bank säuselnd dem Donnererschlag, „Sie meinen aus Mitteln der Stützungsaktion?“  
Papiendick fühlt sich nickten. Aber der Kopf bleibt ihm unten, ist nicht wieder hinauf zu kriegen, nicht . . . wieder . . . hinauf.  
„Selbstverständlich“, singt der Tenor, „können Sie selbstverständlich haben. Wie war doch Ihr Name? Papiendick, Friedrich, Plantagenbesitzer, Post Schloßheide. Bitte, nehmen Sie Platz, ich werde Sie dem Herrn Direktor . . .“  
Papiendick, das brauende, läutende Etwas Friedrich Papiendick hoch lang, zerfrant, hager, „papiendick“, wie Andreas Korn gewizelt haben soll, zwischen den anderen, die **die** und wohlgenährt aussehen . . . das machen aber wohl

bloß die Mäntel . . . er hätte doch lieber . . . es gibt Geld, Mensch, Papiendick, begreiß das doch mal, Geld, also Spargel — übrigens die Lene, was die sagen wird, und erst die andern, Korns, Majskes, hohoho — bums, auf geht die Tür, raus kommt einer, rein geht einer, bums, zu geht die Tür, Kinder, ist das Leben lustig, ja ja, die Welt ist schön, man muß sie nur verdröhen, ei ei Junge Junge Junge, Annemarie . . .  
„Na, nu mal nicht pfeifen hier, Papiendick — er hält sich ängstlich den Mund zu. Dann lieber reden, nicht wahr?“  
Papiendick fragt, läßt sich fragen, erzählt. Gute Regierung, was? Langsam, aber doch noch! Genau so wie der Sand im Stubbenland: langsam, aber dann piffen! Goldsand, wirklich, muß man sagen! Hypotheken brauche man aber doch? Lieber Himmel, bloß um es mitzunehmen (auf geht die Tür, zu geht die Tür, wieder hat einer Geld, gratuliere, Kollege!) Schließlich hat man ja auch ne Tochter nicht wahr? Immer Nachrichten, nur nicht drängeln, jeder kommt ran, immer ran an die Theke, an die Hypothek, hahaha, hohoho —  
„Herr Papiendick bitte!“ Teufel, stand ja schon ne ganze Weile offen, die Tür! Hat gewartet auf ihn, der Herr Direktor, die Stützungsaktion, das Geld . . .  
„Also, Herr Papiendick, ich brauche Ihnen ja wohl nicht erst zu sagen, daß aus den Mitteln der Stützungsaktion nur Grundstücke, die nicht überlastet sind —“  
Papiendick sieht sich mit der Hand durch die Luft fahren: „Noch gar nicht belastet, Herr Direktor, nicht die Spür — sein Denken aber stürmt inzwischen einen neuen Weg entlang: wieviel soll er denn eigentlich fordern? Fünftausend? Sechs, sieben, na sagen wir mal: zehn, was? Kriegt man's, gut, kriegt man weniger, auch gut, nur nicht zu beschneiden, der Mann da am Schreibtisch malt sowieso schon Nullen aufs Papier, rund und dick wie Mehlsäcke, kann der Braune ja gar nicht zehren, so viel Geld, hoho . . .“  
„Wieviel Morgen haben Sie denn, Herr Papiendick?“  
„Na, ich dachte: so zehntausend, Herr Direktor!“  
Der Direktor lächelt, wickelt liebreich: „Morgen, meine ich, nicht Quadratmeter!“  
„Hachso; ja; achtzehn, Herr Direktor!“  
„Achtzehn Hektar?“  
„Achtzehn Morgen! Sagten Sie nicht: Morgen?“  
Doch, natürlich hat „Morgen“ gesagt und lächelt nun über sich selbst, der Direktor, oder worüber lächelt er sonst? Jetzt steht er sogar auf, ein höflicher Mensch, muß man zugeben, und sagt, and sagt . . .“

Papiendick, nimm dich mal zusammen und frag nochmal . . . und sagt, da könne er leider nicht dienen, die Hypotheken könnten nur auf Grundstücke von zwanzig Morgen aufwärts gegeben werden. Es hätte wohl ein Mißverständnis . . .  
„Hachso“, sagt jemand, der eine Stimme hat wie Papiendick. „Ein Mißverständnis.“  
„Ja, es tut mir wirklich sehr leid — ich verstehe: gerade die Not der kleinen Bestzer . . .“  
Es ist doch aber Plantagenland . . .  
Meine Instruktionen . . .  
Man könnte ja noch zwei Morgen zukaufen, wenn man bloß erst das Geld hat, dann sind es doch zwanzig . . .  
Lachen jetzt sogar, nettes Lachen, und Achselzucken . . . es ist immer furchtbar, bis die Schulter raus ist und wieder runter . . .  
Bums, die Tür geht auf, raus geht einer, rein geht einer, bums, die Tür geht zu, drin ist einer, draußen ist einer — draußen ist Friedrich Papiendick.  
Richt, daß er bestürzt aussieht. Er lächelt; er schüttelt den Kopf; weil es doch ein Mißverständnis gewesen ist. Mißverständnisse sind doch komisch, nicht wahr; sind doch nicht ernst zu nehmen: hören doch morgen auf; müssen belächelt werden.  
„Auf Wiedersehen, Herr Papiendick“, singt der Tenor ins Rauschen der Drehtür. Wenn man nur wüßte, ob das Mißverständnis drin geblieben ist, beim Direktor, oder mit rausgegangen, mit Papiendick.  
Man müßte mit jemanden darüber sprechen, denkt er, wie er über die Straße geht; langsam tut er das; an seinem Schatten sieht er, daß er schwankt; sieht er auch, wie entschuldigend dünner geworden ist. Aber das Schwanzen kommt wohl daher, daß die Mittagssonne den gestorenen Dreck ein wenig aufgetaut hat, nun ist er zäh und klebrig und mühsam zu überreiten. Hoffentlich friert wieder; sonst wird man schwer vorwärtskommen mit dem Braunen, wenn man morgen wieder reinfährt. Das ist das Dummste an diesem Mißverständnis: daß man morgen schon wieder hier sein muß.  
„Na“, fragt drinnen der Wirt, „hat doch ziemlich lange gedauert, was? Haben Sie denn nun ihre Hypothek?“  
„In der Tasche gerade noch nicht“, sagt Papiendick und kann lachen; obgleich ein Mißverständnis nicht zum Lachen ist; nur zum Lächeln.  
„Na ja“, sagt der Wirt, „natürlich — die Fortmilitäten.“  
Er puzt seine Gläser weiter.  
(Fortsetzung folgt.)



# Die Tragödie im Eismeer.

Die „Viking“ von Pulver auseinandergerissen.

London, 17. März.

Die Explosionskatastrophe auf dem Robbenjäger „Viking“ scheint auf eine Unvorsichtigkeit beim Ausladen der Pulvervorräte zurückzuführen zu sein, die zu einer Eisprengung gebraucht werden sollten. Ein Mann der Besatzung, der mit anderen die Ausladung des Pulvers besorgte, rauchte dabei eine Pfeife, und es ist anzunehmen, daß ein Funke von der Pfeife in die Pulvermasse übersprang und diese zur Explosion brachte. Das Hinterteil des Schiffes wurde durch die Gewalt der Explosion abgerissen und alle Personen, die sich in den hier gelegenen Kabinen befanden, sowie die Heizer im Maschinenraum wurden ins Wasser geschleudert und sofort getötet. Wie viele Personen den Tod gefunden haben, steht noch nicht fest. Die Heldin des Tages ist die 16jährige Telegraphistin der Funkstation auf Horse Island, eine Miss O'Barrett, die 24 Stunden auf ihrem Posten ausharrte, die ersten Nachrichten über die Katastrophe in die Welt hinausjagte und die Abfertigung von Rettungsschiffen veranlaßte.

## Bisher 118 Mann gerettet.

New York, 17. März.

Aus St. Johns, Neufundland, wird gemeldet, daß die Zahl der Geretteten des Dampfers „Viking“ sich auf 118 erhöht hat. Das Schicksal der übrigen ist unbekannt.

# Tiergarten macht sich schön.

Schloßpark Bellevue vorläufig geschlossen.

Nach dem Verschwinden der Schneedecke werden die Anlagen in der Gegend des Volksparkes im Tiergarten für einige Wochen gesperrt werden. In den dort befindlichen immergrünen Pflanzungen hat der starke Frost des Winters 1928/29 Schäden angerichtet, die nicht wieder ausheilen. Außerdem ist bei dem Alter und dem dichten Stande der dortigen Anpflanzungen ein teilweises stärkeres Rückschnitt sowie Entfernung und Ersatz des absterbenden Unterholzes erforderlich. Die Anlagen sollen im wesentlichen in ihrer bisherigen Form wiederhergestellt werden. Die gegenüber dem Denkmal befindliche große Boppelgruppe, deren Alterserhebungen sich neben Stammsäulen in erheblicher Wipfelstärke bemerkbar machen, müßte zur Vermeidung von Gefahren für den Fußgängerverkehr im Tiergarten sehr stark gekürzt werden. Da eine derartige Verfümmelung der Bäume mit Rücksicht auf den prächtigen Baumbestand der Umgebung sehr ungeschickt wäre und ein befriedigender Dauerzustand damit doch nicht erreicht wird, sollen die Bäume im Einvernehmen mit der staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege entfernt und durch Neuanpflanzungen ersetzt werden.

Der Schloßpark Bellevue muß mit Rücksicht auf den Infolge der Witterungslage stark aufgeweichten Zustand der Wege im Interesse der Anpflanzungen sowie auch wegen Instandsetzungsarbeiten bis auf weiteres für den Durchgangsverkehr geschlossen werden.

## Brüning auf der Reichshandwerkswoche.

Am Dienstagvormittag sprach bei der Festlegung der Reichshandwerkswoche im Hause der Berliner Handwerkskammer in der Teltower Straße, das mit den Fahnen des Reiches und Preußens geschmückt war, und im großen Saale die Banner des Berliner Handwerks zeigte, Reichskanzler Dr. Brüning. Er ging in seiner Rede von der allgemeinen Not des Vaterlandes aus, betonte aber, daß neben den anderen Ständen auch das deutsche Handwerk fest entschlossen sei, nicht zu verzagen und der Not Herr zu werden. Der Reichskanzler warnte vor einer Uberspannung der Zollpolitik, wie sie von gewissen Kreisen angestrebt wird und betonte, daß eine Anturteilung der Wirtschaft nur möglich sei, wenn von den Gewerbetreibenden jeder Art die Kraft des Verbrauchers richtig in Rechnung gestellt würde. Der Appell, in dieser Notzeit Opfer zu bringen, müsse sich an alle Schichten der Bevölkerung wenden, und er vertraue darauf, daß auch das Handwerk sich dieser Pflicht bewußt sein werde und nicht der Staatsfeindschaft zum Opfer falle. Die Rede des Reichskanzlers wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Zugleich mit der Tagung der Reichshandwerkswoche wird der „Reichsausschuß für Sachverhalt durch Anstreich“ mit 13 Wagen einen großen Verbesseerzug durch die Berliner Stadtbezirke vornehmen, um die Bevölkerung auf die große Bedeutung der Anwendung von Lacken und Farben hinzuweisen. Man hofft, auf diesem Wege dem gleichfalls von der Not der Zeit betroffenen Malergewerbe Aufträge zu verschaffen und vor allem auch die Arbeitslosigkeit bei den Malergehilfen zu vermindern.

## Offern keine Kundgebungen.

Im Hinblick auf die blutigen Vorgänge bei dem vorjährigen Ostertreffen der kommunistischen Jugend in Leipzig hat der Polizeipräsident von Berlin alle öffentlichen Kundgebungen unter freiem Himmel am 5. und 6. April, also auch das Reichsjugendtreffen der kommunistischen Partei in Berlin verboten. Versammlungen in geschlossenen Räumen werden von dem Verbot nicht betroffen.

Georg Matthes gestorben. In Schöneberg ist vorgestern unser Genosse und Mitarbeiter, der Abteilungsleiter in der Zeitungsredaktion des „Vorwärts“, Georg Matthes, einem Lungenleiden erlegen. Schon im vergangenen Jahre fürchteten seine Freunde und Kollegen, daß Georg Matthes, der bis an die Grenze seiner Kräfte im Betrieb tätig war, den Reim des Todes in sich trage. Leider hat sich die Befürchtung als richtig erwiesen: er starb kurz vor seinem 46. Geburtstag. Schon als junger Mensch war Matthes der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaft beigetreten, und in seiner Militärzeit 1907 bis 1909 hatte er, der schon vorher am „Vorwärts“ tätig gewesen war, deshalb mancherlei Schikanen zu erdulden. Von 1909 ab war er dann — bis auf die Kriegszeit, in der er fast ohne Unterbrechung an der Front war — im „Vorwärts“-Büro beschäftigt. Ein überzeugter Anhänger des sozialistischen Gedankens, ein immer fröhlicher, arbeits- und hilfsbereiter Mensch, so wird er in unserer Erinnerung fortleben. Matthes läßt eine Witwe zurück. Das Andenken des Arbeitskollegen und Parteigenossen wird bei allen, die am „Vorwärts“ tätig sind, in Ehren gehalten werden.

Jugendplan und Wirtschaftskrise. Im Rahmen eines Sonderabends der „Deutschen Liga für Wirtschaftskrise“ am Donnerstag, dem 19. März, 9½ Uhr im Reichshandwerksrat, Bellevuestr. 15, steht das Thema „Jugendplan und Wirtschaftskrise“ zur Diskussion. Nach einem einleitenden Referat von Edward Heiderle aus Wilmersdorf werden das Wort nehmen: Frau Toni Gander, R. v. R., Felix Stöckinger, Heinrich Strödel, R. v. R. und Prof. Georg Reinhard. Höhe gegen Zahlung des Unkostenbeitrages willkommen.

# Tetzners Mordauto.

Der Mörder durch seine Frau und den Hauptzeugen schwer belastet.

Im Tetzner Mordprozeß wurde dann die Ehefrau Emma Tetzner vernommen. Sie erklärte schluchzend, daß sie mit ihrem Mann ganz gut gelebt habe und berichtet dann weiter, wie es zu der Verflüchtigung ihrer Mutter gekommen sei und wie sie im Anschluß an einen Motorradunfall sehr viel mit den Herren zu tun gehabt habe, so daß ihre Willensstraffgeschwändel gewesen sei und sie alles getan habe, was ihr Mann von ihr verlangte. Vorjahren: „Ist es richtig, daß Ihr Mann nach dem Tode Ihrer Mutter den Vorschlag machte, seine eigene Mutter nun auf 2000 M. zu versichern?“ Frau Tetzner: „Ja, wir wollten das tun, und wir wollten zu seiner Mutter ziehen. Ich wollte es nicht, und ich habe ihm noch gesagt: „Es sterben nicht alle Menschen, die du versicherst.“ Er aber antwortete mir:

Mit 10- bis 15 000 M. bar Geld in der Tasche kann ich zu dem gelangen, was ich brauche.

(Große Bewegung.) Vors.: „Wie haben Sie das verstanden?“ Frau Tetzner (meiner): „Ich habe angenommen, er wollte die Versicherung.“ (Große Bewegung.) Vors. (sehr ernst und eindringlich): „Ist das auch die Wahrheit, Frau Tetzner? Ihre Aussage ist von einer furchtbaren Tragweite. Sie tann für Ihren Mann, der er doch noch immer ist, außerordentlich schädlich sein. Ist es die Wahrheit?“ Die Angeklagte nickt unter Tränen. Unter immer stärkerem Schluchzen schilderte Frau Tetzner dann, wie ihr Mann, immer gegen ihren Widerstand, die eigentliche Tat vorbereitet habe. „Ich habe nie eingewilligt“ schrieb sie auf, und dabei blieb sie auch trotz aller Vorhalte des Vorsitzenden. Schließlich war aus ihrer unter fortwährendem Weinen gemachten Aussage herauszuhören, daß sie wohl gewußt habe, was ihr Mann vorhatte und daß sie auch wußte, wie sie sich nachher verhalten sollte, daß sie ihm aber niemals eine direkte Zusage gegeben habe. Es kam dann zu weiteren Vorhaltungen und Auseinandersetzungen über die Frage, ob die Frau die Tat ihres Mannes direkt und bewußt unterstützt oder nur stillschweigend gebilligt hat.

Zu Beginn der Nachmittags Sitzung wurde unter allgemeiner Spannung

der Hauptzeuge, der 23jährige Schlosser Alois Ortner aus München vernommen, auf den Tetzner den ersten Ueberschuß ausgeführt hatte.

Der Zeuge hatte in Norddeutschland und zwar in Berlin georbelt, und wanderte über Sachsen nach Süddeutschland, um zu seinen Eltern nach München zurückzukehren. Am 21. November 1929 kurz vor Hof gab er einem herankommenden Mann einen Wagen, wie es die Handwerksbücher immer tun, das Zeichen, daß er gern mitfahren möchte. Der Automobilist hielt auch an und lud ihn ein, mitzufahren, stellte sich unterwegs als ein Leipziger Kaufmann vor, der auch nach München wolle und behandelte ihn ungewöhnlich freundlich. Der Zeuge schilderte dann, wie Tetzner versuchte, ihn betrunken zu machen, indem er ihn freistellte, soviel zu trinken, wie er wolle. Kurz vor Ingolstadt bei dem Ort Weimersheim hielt Tetzner plötzlich an, stieg

aus und sah nach dem Motor. Darauf forderte er auch Ortner auf, auszustiegen, legte ihm eine Decke neben den Wagen und sagte, er solle unter das Auto kriechen und die ablassen, was der Handwerksbursche auch bereitwillig tat. Nach vergeblichen Bemühungen, das Öl abzulassen, kroch Ortner wieder hervor. Als er mit dem Oberkörper wieder unter dem Wagen hervor war, bekam er plötzlich einen Schlag über die Schulter und im nächsten Moment einen furchtbaren Hieb über den Kopf. Nun merkte er, daß es um sein Leben ging. Es kam zu einem erbitterten Ringkampf zwischen ihm und dem auf ihm liegenden Tetzner, der sich vergeblich bemühte, seinem Opfer einen Aetherlappen vor das Gesicht zu drücken. Endlich gelang es dem trotz des Blutverlustes noch ungeschwächten Handwerksburschen, seinen Angreifer durch einen Schlag mit dem Schraubenschlüssel abzuwehren, sich zu befreien und zu flüchten. Der unglückliche Mensch hatte dann noch einen langen Leidensweg zurückzulegen. Niemand wollte ihn, den in dem Kampf mit Tetzner schwer verletzten und blutüberströmten Handwerksburschen, Glauben schenken. Selbst nicht der Gendarmerechtsbeamte. Erst im Ingolstädter Krankenhaus, wo er schon schwer darniederlag, wurde man auf ihn aufmerksam und vernahm ihn, als inzwischen die Nachricht gekommen war, daß bei Regensburg ein Mann mit dem Auto verbrannt war. Nun hatte nämlich die Polizei Verdacht geschöpft, daß diese beiden Fälle zusammenhängen könnten und schenkte den Angaben Ortners Glauben.

Dann folgte hintereinander eine ganze Reihe von Zeugen aus der Umgebung von Regensburg und von Eiterhausen, größtenteils Arbeiter, die in den frühen Morgenstunden des 27. November 1929 beim Kilometerstein 9 das brennende Auto gefunden hatten. Die Aussagen gingen etwas auseinander, da sie alle zu verschiedenen Zeitpunkten eingetroffen waren. Einige hatten in dem glühenden Wagen hinter dem Steuer einen formlosen Körper liegen sehen, den sie zuerst für ein verbranntes Stoppelstück hielten. Erst bei näherer Betrachtung ergab es sich, daß man eine furchterlich zugerichtete Leiche vor sich hatte, der Arme und Beine fehlten. Beim weiteren Nachforschen fiel dann die Leiche halb aus dem Wagen heraus.

Nach kurzer Vernehmung des Tankwärters Hochmeyer aus Hohenbach begab sich das Gericht mit allen Traugbeteiligten und den Angeklagten in den Hof des Gerichtsgebäudes zur

Befichtigung des Mordautos.

das die Nummer „III 51033“ trägt. Das Auto ist nur noch ein äußerlich zusammenhaltendes Haufen von verrostetem Blech. In einem zum Vergleich herbeigeholten Opel-Zweifischer mußte Tetzner erläutern, wie er den Wagen in Brand gesteckt hatte; er gab alle Erklärungen ruhig und gleichmäßig ab. Dann wurde die Verhandlung wieder fortgesetzt und zunächst die beiden Gendarmerechtsbeamten vernommen, die die ersten Feststellungen am Tatort getroffen haben.

# Wieder Rundenjagden.

Wilde Nacht im Sportpalast.

Wie nun schon gewohnt, wurde auch die gestrige Nachmittagswertung in vollkommen ruhiger Weise abgeleitet. Die Spürtesten waren nacheinander von Kempen, Goebel, Bijnenburg, Goebel, van Kempen, Thollembeek, Bijnenburg, Ehmer, Dinale, Bijnenburg, und schließlich wieder von Kempen und Bijnenburg.

Am Abend waren Innenraum, Tribünen und Ränge wiederum gut besetzt. Die Abendwertung liefst bestritt das nun auf zehn Mannschaften reduzierte Feld ohne sonderliche Ausprägung: Dinale, Miethe, Faudel, Miethe, Bijnenburg und Thollembeek belegten die nicht im geringsten umtampften ersten Plätze. Doch gleich im Anschluß an die Wertung begann der Tanz der Runden, von Marcillac angefangen. Tieg-Thollembeek, Schön-Bijnenburg und Goebel-Dinale beantworteten diese Aufforderung damit, daß sie gegen das übrige Feld eine Runde aufholten. Ohne viel Mühe gelang das auch von Hevel-van Buggenhout, Faudel-Marcillac, Kroll-Miethe und Krüger-Funda.

Die meisten Runden hielten Dinale-Goebel auf, die viermal eine Bahnlänge wettmachten und sich so von ihrem sechsten Platz eine Runde zurück hinter das Spitzenpaar Bijnenburg-Schön legten. Auch Rieger-Macynski konnten sich in diese Gruppe einreihen. Um 11 Uhr — das Rundenholen hält an — wird folgender Stand des Rennens bekannt: Spitze: Bijnenburg-Schön, eine Runde zurück Goebel-Dinale, Tieg-Thollembeek, Rieger-Macynski, zwei Runden zurück Faudel-Marcillac, drei Runden zurück Krüger-Funda und Manssen-Kidel, fünf Runden zurück Kroll-Miethe, sieben Runden zurück von Kempen-Ehmer, von Hevel-van Buggenhout.

Was muß der Mieter von der Notverordnung wissen? — Das Ende des Mieterkampfes? — Zu diesen Fragen veranstaltet der Mieterverein Charlottenburg im Reichsbund Deutscher Mieter e. V. am Donnerstag, dem 19. d. M., 20 Uhr, in „Alberts Festsaal“, Charlottenburg, Berliner Straße 88, Ecke Brauhofstraße (Großer Saal), und am Freitag, dem 20. d. M., 20 Uhr, in der Schulaula, Charlottenburg, Sydewitzstraße 20/21, öffentliche Versammlungen, in welchen der Bundesvorsitzende, Volkswirt R. D. V. Frey Ditzel und Rechtsanwalt Dr. Georg Kunkel sprechen werden.

# Funkwinkel.

Der Berliner Rundfunk sollte endlich über den Dilettantismus hinaus sein, sein höchstes Glück darin zu sehen, bekannte Romane der Weltliteratur auf das enge Maß von Sendespielen zu reduzieren. Das ist ein lächerliches Beginnen, besonders wenn es sich um die epische, weiterverweigte Welt des Russen Dostojewski handelt. Was bei dieser Bearbeitung vielleicht festzuhalten kann, ist der Stoff. Aber der Stoff liegt bereits in endgültiger Fassung gefasst vor und jede Bearbeitung zerstört die Form, und diese allein entscheidet über den künstlerischen Wert. Es bleibt tatsächlich eine lächerliche Kopiererei übrig. Man fühlt nichts mehr von der weltlichen Weisheit Dostojewskis, von dem mythischen Untergrund der Personen und Situationen. Eine Sendung dieser Art ist trotz einzelner guter Leistungen entschieden abzulehnen. Der Dialog im Roman ist grundverschieden von dem im Sendespiel, er steht in ganz anderen Zusammenhängen, er bedeutet einen Höhepunkt in der epischen Erzählung, während er im Sendespiel alleiniger Träger der Handlung ist. So ist diese Sendung eine Vergewaltigung des Dichters Dostojewski. — Sehr schön das Duettkonzert unter der Leitung von Selmar Weirösch, der jedem Wert die eigene Form gibt, erst im Mythologischen ist und der Melodie stets zu ihrem Recht verhilft. — In der aktuellen Abteilung spricht Dr. Orleser über „Die gegenwärtige Lage der Reichstagsopposition“. Ein kurzer Aufsatz über die wirtschaftliche Lage und dem gefährlichen Verfall der Bergarbeiter. Ein instruktiver Vortrag. F. Sch.

# Rundgebung der Kriegsblinden.

Der Bund erblindeter Krieger, der beinahe alle deutschen Kriegsblinden umfaßt, deren Zahl sich auf ungefähr 3000 beläuft, brachte die Feier seines 15jährigen Bestehens zu einer eindrucksvollen Rundgebung für die Toten des Weltkrieges und über 350 verstorbenen deutschen Kriegsblinden.

Der Reichspräsident, unter dessen Ehrenschirmherrschaft die Rundgebung stand, hatte ein Begrüßungsschreiben geschickt. Außer dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Staatssekretär Dr. Geis als Vertreter des Reichsarbeitsministers und Staatssekretär Dr. Sautter als Vertreter des Reichspostministeriums waren eine große Anzahl Vertreter und leitender Beamter der Reichs-, Länder- und Kommunalbehörden erschienen. Der Ehrenvorsitzende des Bundes Graf Bischof dankte den Ehren Gästen für ihr Erscheinen und gab nach der Verlesung des Schreibens des Reichspräsidenten dem ersten Bundesvorsitzenden Dr. Peter Klein in Berlin das Wort zu einer zu Herzen gehenden Gedank- und Feiertrede. Er wies auf die Verbundenheit der Kriegsblinden mit den gefallenen Kameraden der Heimat im Vaterland und dem deutschen Volke hin und erinnerte an das große Opfer, das die Kriegsblinden mit dem Verlust des Augenlichtes in treuer Pflichterfüllung für ihre Ideale bringen mußten. Daraus erwachse aber auch für das deutsche Volk die hohe Pflicht einer auszeichnenden Verpflegung der Kriegsblinden, ihrer Frauen als treuer Pflegepersonen und ihrer Hinterbliebenen. Ein hoher Prozentsatz der deutschen Kriegsblinden sei wieder in den verschiedensten Berufen in das Wirtschaftsleben zurückgeführt und beweiße durch die Tat, daß auch durch ein noch so schweres Schicksal menschlicher Willen und Tatkraft nicht gebrochen werden können. So gäben die deutschen Kriegsblinden auch in dieser Hinsicht in ihrer Geschlossenheit, frei von allen parteipolitischen und religiösen Streitigkeiten, dem deutschen Volk ein leuchtendes Vorbild. Hohe künstlerische Leistungen von Mitgliedern der Staatsoper Berlin unrahnten die einzigartige Veranstaltung.

Wetteraussichten für Berlin: Fortdauer des beständigen Wetters mit Nachfröhen und meist schwachen fühligen Winden. — Für Deutschland: Beständiges, im ganzen heiteres Wetter mit verbreiteten Nachfröhen.

# Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Gefährliche Welt: Berlin 14. Seeblickstr. 7-8, 2. Et. Mittwoch, 18. März, 8 Uhr, 10 Uhr, 12 Uhr, 14 Uhr, 16 Uhr, 18 Uhr, 20 Uhr, 22 Uhr, 24 Uhr, 26 Uhr, 28 Uhr, 30 Uhr, 32 Uhr, 34 Uhr, 36 Uhr, 38 Uhr, 40 Uhr, 42 Uhr, 44 Uhr, 46 Uhr, 48 Uhr, 50 Uhr, 52 Uhr, 54 Uhr, 56 Uhr, 58 Uhr, 60 Uhr, 62 Uhr, 64 Uhr, 66 Uhr, 68 Uhr, 70 Uhr, 72 Uhr, 74 Uhr, 76 Uhr, 78 Uhr, 80 Uhr, 82 Uhr, 84 Uhr, 86 Uhr, 88 Uhr, 90 Uhr, 92 Uhr, 94 Uhr, 96 Uhr, 98 Uhr, 100 Uhr. Reichsbanner des Reichsbundes der Kriegsblinden. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. 20. März, 19 Uhr, 21 Uhr, 23 Uhr, 25 Uhr, 27 Uhr, 29 Uhr, 31 Uhr, 33 Uhr, 35 Uhr, 37 Uhr, 39 Uhr, 41 Uhr, 43 Uhr, 45 Uhr, 47 Uhr, 49 Uhr, 51 Uhr, 53 Uhr, 55 Uhr, 57 Uhr, 59 Uhr, 61 Uhr, 63 Uhr, 65 Uhr, 67 Uhr, 69 Uhr, 71 Uhr, 73 Uhr, 75 Uhr, 77 Uhr, 79 Uhr, 81 Uhr, 83 Uhr, 85 Uhr, 87 Uhr, 89 Uhr, 91 Uhr, 93 Uhr, 95 Uhr, 97 Uhr, 99 Uhr, 101 Uhr. Reichsbanner des Reichsbundes der Kriegsblinden. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. 20. März, 19 Uhr, 21 Uhr, 23 Uhr, 25 Uhr, 27 Uhr, 29 Uhr, 31 Uhr, 33 Uhr, 35 Uhr, 37 Uhr, 39 Uhr, 41 Uhr, 43 Uhr, 45 Uhr, 47 Uhr, 49 Uhr, 51 Uhr, 53 Uhr, 55 Uhr, 57 Uhr, 59 Uhr, 61 Uhr, 63 Uhr, 65 Uhr, 67 Uhr, 69 Uhr, 71 Uhr, 73 Uhr, 75 Uhr, 77 Uhr, 79 Uhr, 81 Uhr, 83 Uhr, 85 Uhr, 87 Uhr, 89 Uhr, 91 Uhr, 93 Uhr, 95 Uhr, 97 Uhr, 99 Uhr, 101 Uhr.

Reichsbanner des Reichsbundes der Kriegsblinden. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. 20. März, 19 Uhr, 21 Uhr, 23 Uhr, 25 Uhr, 27 Uhr, 29 Uhr, 31 Uhr, 33 Uhr, 35 Uhr, 37 Uhr, 39 Uhr, 41 Uhr, 43 Uhr, 45 Uhr, 47 Uhr, 49 Uhr, 51 Uhr, 53 Uhr, 55 Uhr, 57 Uhr, 59 Uhr, 61 Uhr, 63 Uhr, 65 Uhr, 67 Uhr, 69 Uhr, 71 Uhr, 73 Uhr, 75 Uhr, 77 Uhr, 79 Uhr, 81 Uhr, 83 Uhr, 85 Uhr, 87 Uhr, 89 Uhr, 91 Uhr, 93 Uhr, 95 Uhr, 97 Uhr, 99 Uhr, 101 Uhr. Reichsbanner des Reichsbundes der Kriegsblinden. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. 20. März, 19 Uhr, 21 Uhr, 23 Uhr, 25 Uhr, 27 Uhr, 29 Uhr, 31 Uhr, 33 Uhr, 35 Uhr, 37 Uhr, 39 Uhr, 41 Uhr, 43 Uhr, 45 Uhr, 47 Uhr, 49 Uhr, 51 Uhr, 53 Uhr, 55 Uhr, 57 Uhr, 59 Uhr, 61 Uhr, 63 Uhr, 65 Uhr, 67 Uhr, 69 Uhr, 71 Uhr, 73 Uhr, 75 Uhr, 77 Uhr, 79 Uhr, 81 Uhr, 83 Uhr, 85 Uhr, 87 Uhr, 89 Uhr, 91 Uhr, 93 Uhr, 95 Uhr, 97 Uhr, 99 Uhr, 101 Uhr.







# Herm. Wendel: Es lebe die Kommune!

## Zum sechzigsten Jahrestag ihrer Ausrufung

Als am 28. März 1871 auf dem Platz vor dem Pariser Rathaus das Zentralkomitee der Nationalgarde der zwei Tage zuvor gewählten Kommune feierlich die Macht übergab, umbrachte ein Orkan der Begeisterung dieses Bild. Zehntausende von Nationalgardisten aufmarschiert, Zehntausende von Arbeitern, von Frauen, von Kindern sich drängend, blühende Bajonette, flatternde rote Fahnen, Geschützjalousen, von fünfzig Musikkapellen die Marseillaise gespielt, und alles überdröhnend immer wieder aus unzähligen Reihen der Schreie: Es lebe die Kommune! Den armen Teufeln, die aus ihren Vorstädten herbeigeströmt waren, kam es vor, als ständen sie vor den weit geöffneten Pforten des Taufensjährigen Reiches. Nun mußte sich alles, alles wenden!

Aber so einheitlich die Begeisterung, so uneinheitlich und zerstückelt war nicht nur bei den Massen, sondern auch bei den Führern die Vorstellung von dem, was jetzt werden sollte. Anders als bei den sorgfältig vorbereiteten, freilich jedesmal glatt gelaufenen Handstreichen, die Anhänger Blanquis am 14. August und 31. Oktober voran und am 22. Januar dieses Jahres vorbereitet hatten, gelangte das Pariser Volk am 18. März ganz unvorbereitet und ganz unerwartet zur Macht. Das Pariser Volk — das war das Massenangebot, das man während der Belagerung unter dem Namen Nationalgarde uniformiert, bewaffnet, eingeübt und ins Feuer geführt hatte: über 250 Bataillone, mehr als 300 000 Mann! Als nach viereinhalb Monaten, vom Hunger befeuert, die Stadt kapituliert, mußte die Garnison, bis auf eine Sicherheitstruppe, die Waffen strecken, die Nationalgarde behielt die ihren; ja, sie rettete, vor dem Einzug der Deutschen in einen beschränkten Teil von Paris, ganze Geschützparcs vor dem Zugriff des Feindes und bestückte damit die Höhen von Montmartre und Belleville. Da sich im Februar 215 Bataillone zu einer Föderation zusammenschlossen, stand hinter ihrem Zentralkomitee eine ansehnliche Macht: das Paris der Vorstädte und Massenviertel, gärend, grollend, fiebernd, zähneknirschend. Die nachhallende Wut auf das Kaiserreich, die böse Enttäuschung über die „Regierung der nationalen Verteidigung“, die Erinnerung an Hunger und Elend während der Belagerung, die Schmach der Kapitulation, die Furcht vor der Wiederkehr der Monarchie — all das mischte sich mit dem Jörn über die reaktionäre Nationalversammlung von Bordeaux, die mit Aufhebung des Moratoriums Begionen keiner Geschäftsleute in den Bankrott trieb, die unbemittelten Mieter mit der Ermittlung bedrohte, mit Streichung des Tageslohns von 1,50 Franken für die Nationalgarde diesen den letzten Bissen vom Tische riß, zu einer dumpf revolutionären Stimmung.

Auf der anderen Seite stand als Chef der Exekutivgewalt der katholische Thiers, der „ewige Bourgeois“, bestritt, sich bei der krautjunkerlichen Nationalversammlung einzuschmeicheln und nicht mit leeren Händen vor sie hinzutreten, wenn sie am 20. März von Bordeaux nach Versailles überfiedelte. Um ihr „Ruhe und Ordnung in Paris“ auf silbernem Teller darzubieten, plante er die Entwaffnung der Nationalgarde. Aber als am 18. März der Versuch, vor Tag und Tag die Geschütze vom Montmartre wegzuführen, an der Unzulänglichkeit der militärischen Maßregeln und am Widerstand des sich selbst alarmierenden Volkes schmachvoll scheiterte und als in bedenklicher Weise die Truppe sich mit der Menge verbrüderte, auf die sie schießen sollte, gab Thiers sich entschlossen den Befehl, die Stadt Hals über Kopf zu räumen und verlegte die Regierung nach Versailles, um von dort Paris mit den Waffen wiederzuerobern.

Das Zentralkomitee, wider seinen Willen zum Herrn über eine Zweimillionenstadt geworden, fand sich schwer in die neue Lage, als am Abend des 18. März vom Rathaus die rote Fahne wehte und die Gabelbeleuchtung der hohen Festtage strahlte. Statt, da das Verhalten

von Thiers ganz offensichtlich auf den Bürgerkrieg abzielte, seine Uebermacht von 300 000 Mann und 2000 Geschützen zu nützen und Sturmkolonnen gegen Versailles anzusetzen, verbarstete es, weil zur Uebernahme der Gewalt nicht berufen, in verderblicher Untätigkeit und überließ alles der am 26. März zu wählenden Kommune.

Kommune hieß Gemeinde oder Gemeinderat, und von den „Es-lebe-die-Kommune“-Rufnern verbanden keineswegs alle den gleichen Begriff mit dem Wort. Für die einen steckte in der Sehnsucht nach der Kommune der Widerwille gegen die den Atem abspürende zentralistische Präzedenzwirtschaft, gewürzt durch die Erinnerung an die Gemeindefeldverwaltung im Mittelalter. Anderen schwebte bei der Lösung der Kommune die Idee Proudhons, die Weltrepublik als Föderation freier Gemeinden, vor. Viele entzündeten sich auch am Gedächtnis der revolutionären Pariser Kommune von 1792 und 1793, die den Kampf gegen den äußeren und inneren Feind beflügelte hatte. Die wenigsten aber brachten die Kommune mit Kommunismus in Zusammenhang, denn noch herrschte trotz allen wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahrzehnte in Paris die Werkstatt und nicht die Fabrik, das Kleinbürgertum und nicht das Proletariat vor, und so weit sich eine Minderzahl ausgewählter Arbeiter sozialistischen Gedanken erschloß, hatte die Unklarheit Proudhons und Blanquis vor der Klarheit Marx' den Vortang.

Die Wahlen zur Kommune spiegeln getreulich diese soziale und geistige Verfassung der Hauptstadt. Obwohl von 485 000 Wahlberechtigten an die 100 000, fast alle den begüterten Schichten zugehörig, nach Aufhebung der Belagerung die Stadt verlassen hatten, entfielen von den abgegebenen 220 000 Stimmen so viele auf die Bourgeoisie, daß fünfzehn der Gewählten eher zu Versailles als zu Paris hielten, und sechs zur bürgerlichen Linken zählten. Unter der revolutionären Dreiviertelmehrheit von 65 Mitgliedern rechneten sich siebzehn zur Internationalen Arbeiter-Assoziation, acht waren ausgeprochene Blanquisten, elf gingen aus dem Zentralkomitee hervor, und der Rest setzte sich aus parteimäßig nicht gebundenen je nachdem proudhonistisch, blanquistisch oder jakobinisch schillernden Vorkämpfern gegen das Kaiserreich zusammen. War diese Versammlung ein Parlament der sozialistischen oder auch nur der sozialen Revolution? Die Eröffnungsansprache des Alterspräsidenten besaß verriet ebensowenig davon wie das zehn Tage zuvor verkündete Programm Paris', obwohl beide die Mitgliedsliste der Internationale in der Tasche trugen. Wirkliche Selbstverwaltung, Abschaffung der verhassten Polizeipräfektur, Recht der Nationalgarde, ihre Offiziere selbst zu wählen, Aussetzung der Republik zur allein gültigen und gesetzlichen Regierungsform, Streichung der rückständigen Mieten, ein gerechtes Beschäftigungsgesetz, Fernhaltung der Armee vom Pariser Gebiet — das waren die nicht allzu unmaßgeblichen Forderungen, und auch was sonst in den ersten Tagen Aufruhr der Kommune über die bevorstehende Emanzipation der Arbeiter verlauten ließen, klang reichlich unbestimmt und verschwommen.

Aber ob sich Zwiespalt unter den Mitgliedern der Kommune auftrat, als die sozialen und sozialistischen Gesichtspunkte mehr in den Vordergrund traten, in einem fühlten sich alle einig: in der Verteidigung der Republik und im Widerstand gegen Versailles, wo alle verschimmelten Erbfeindschaften zusammengepflegt waren. So begann der ebenso erbitterte wie aussichtslose Kampf der großen Stadt gegen das feste Land, denn darauf spitzte sich der Gegensatz im Grunde zu. Aber diesem heroischen Kampf folgte das zum Bewußtsein seiner Lage erwachte Proletariat der ganzen Welt mit angehaltenem Atem, in dem dunklen und doch nicht irrigen Gefühl, daß es trotz allem dort, wo auf Barrikaden die rote Fahne wehte, um seine eigentümliche Sache gehe.

Berlin — tanze du mit blonden, bräuneten oder schwarzen Engeln, alle sind sie jung und schön, Tanzpaläste gibt es genug — nur lege du die goldene Schellenkappe „Geld“ auf. Während das Geld tanzt, brennen im Gaswert die Feuer, fleißige Arbeiter reihen nacheinander die Straßen auf und legen sie neu, der Denker mißt den Lauf der Gestirne. Berlin ist doppelt — oben und unten — die ganze Welt ist doppelt — Verdienender und Verbraucher.

Berlin, ein Rischmaja von Rassen. Urberlin: Slawen, Wenden, Teutsche, Holländer, Franzosen, Böhmen — alles kam in den großen Bäckertopf — und was sich herauskristallisierte, das war ein glücklicher Glanz — die Bluts- und Rassenmischung zeugen das Höhere, das mehr Verstehende, das im Gefühl die Wertvollere und Reichere. Auch ein Schuß jüdischen Blutes hat Berlin gut getan — die jüdische Intelligenz, die alte Kultur der Juden, der praktische Sinn, das gute Familienleben der Juden — eine glückliche Beimischung des Groß-Berliner Blutes. Berlin ist, wie alle Weltstädte, ein Magnet aller Rassen und Kulturen. Hier wird geschmolzen!

Berlin als Fremdenstadt. Berlin hat 30 000 Hotelbetten, in ihnen schlafen alljährlich 2 Millionen Fremde, umsonst der Briefstolche. Berlin. Die Umgebung. Seen und Wälder laden mich Sonntags zu Gaste. Mit der Nadelgenossin tanze ich auf dem weichen Porzell der sandigen märkischen Heide, die rostfärbigen Kiefern spielen Harfe, der Buchholzerbaum erzählt uns Märchen.

Zwei Mutterstädte. Köln (lateinisch, Colonia, neue Kalonie) und Berlin treten ums Jahr 1250 in die geschriebene Geschichte. Köln, Berlin, schöne Schwefelstein. „Berlin“, das Wort ist wendischen Ursprungs, auf deutsch etwa „Herzin!“ Berlin — Herzin. Auch ich habe mein Herz in Berlin verloren, aber ich weiß nicht, wer es fand — Nadel, melde dich, hoffentlich bist 'ne Prinzessin von der Nadel, 'ne liebe kleine Kollegin von der N-Nah-Nähmohline!

Berlin im Mittelalter, eine stolze Stadt im Hanfabund. Eine freie Stadt. Aber die Gefahr kommt — aus Schwaben, die Jollern sind die Gefahr. Der Kurfürst Friedrich Eizenzahn baut in Köln-Berlin sein Zwingvork, eine Truhburg, eine Fronburg. Aus ist es mit Berlins Freiheit — die Jollern herrschen absolutistisch. Der Bürger revoltiert, der „Berliner Unwille“, der Aufruhr gegen den Knäuel der Jollern, Anno 1448. Schwarzes Blut erstickt den Freiheitstrieb. Anno 1848, genau 400 Jahre später — der Märzsturm wirft den Jollern die absolutistische Krone vom Haupte. Und 1918 — na, das habi ihr ja alle selbst erlebt — adjes!

## Berliner Märzerinnerung . . .

Wir gegenüber sitzt eine würdige Dame, Tochter eines jener begeisterten Kämpfer der Märzlage von 1848. Keine Sozialdemokratin, und auch ihr Vater, der in den Märztagen das schwarzrotgoldene Banner mit Herzen trug, hat später den Weg zur Sozialdemokratie nicht gefunden. Aber das Herz dieses Maschinenbauers Siegrist, der bis zu seinem Tode der bürgerlich-fortschrittlichen Bewegung anhing, schlug für die Freiheit, er war ein Idealist der Volksrechte im schönsten Sinne des Wortes.

Mein Gegenüber erzählt: „Was uns mein Vater von 1848 berichtet hat! Damals tagte man heimlich in verschlossenen Lokalen (sie weiß nicht, wo später unter dem Sozialistengesetz unsere Vorkämpfer tagen mußten). Aber als der Kampf losging, da war mein Vater mit an der Spitze, und beim Sturm auf das Berliner Zeughaus war er es, der die Waffen an das Volk verteilte. Und als dann die Opfer gezählt wurden, da sammelten alle und stellten Eimer auf die Straße und Büchsen, in die das Geld für die Angehörigen der Toten und für die Gefangenen gemorfen wurde. Nachher mußte Vater auf die Festung nach Graubenz. Er war zu vier Jahren verurteilt, und die preussische Regierung ließ ihm mitteilen, daß sie ihm zwei Jahre schenken würde, wenn er auf jede politische Tätigkeit verzichte. Mein Vater hat nein gesagt, und deshalb bin ich auch auf meinen Vater so stolz. Ein reaktionäres Blatt wagte es damals zu sagen, daß die Gefinnungsfreunde für die Angehörigen der revolutionären Kämpfer nicht gesorgt hätten. Da war es unter anderem gerade mein Vater, der dieses Blatt zwang, seine Lüge einzugehen. Bis zum Schluß seines Lebens hat mein Vater für Freiheit und Demokratie gekämpft, und wenn er heute noch lebte, dann würde er sicher für Schwarzrotgold und für die Republik eintreten.“

Vor vierzig Jahren (1891) ist der alte Siegrist, wie er bei seinen Freunden hieß, gestorben. Wir Sozialdemokraten haben die Traditionen von 1848, die das Bürgertum fallen ließ, aufgenommen. Wir sind die bewährten Nachfahren der Freiheitkämpfer des deutschen Sturmjahres. Und darum ist vielleicht auch die schlichte Erzählung, die uns die Tochter eines Mannes bot, der damals in vorderster Linie stand, wert, am Gedentage der Märzrevolution veröffentlicht zu werden. H. D.

## Sind Katzen mujikalisch?

Viele Katzenfreunde behaupten, ihre Lieblingsfiere seien musikalisch. Dr. P. Banoff erzählt nun im „Kosmos“ folgende Fälle: „Ich besah einen gewöhnlichen, aber sehr klugen Kater, der fünf Jahre bei uns hauste und mein täglicher Zuhörer im Musikzimmer war. Er wußte ganz genau, wann ich zu musizieren pflegte, stellte sich zur gewohnten Stunde vor die Türe des Musikzimmers und bat leise um Einlass. Ich spielte ihm oft eine bestimmte lustige Weise, die er scheinbar ganz besonders liebte; denn so oft er sie hörte, legte er sich auf seinen Lieblingsplatz, ein leeres Violinetui, das offen auf dem Flügel hingestellt war, und schmirrte behaglich. Nun wollte der Zufall, daß wir weit auf dem Lande umziehen mußten. Büro, so hieß der Kater, bekam eine besonders für ihn hergerichtete Wohnkiste und machte den Umzug mit stichtlicher Lust mit. Raum im neuen Landhaus angelangt, machte jemand unvorsichtigerweise die Tür seiner Kiste auf, und im Nu war Büro weg. Wir suchten ihn tagelang vergebens. Er war verschollen, und niemand von der Nachbarschaft hat weit und breit von ihm eine Spur gefunden. Wir hatten Büro schon längst aufgegeben, als ich eines Abends nach etwa acht Monaten seit seinem Verschwinden auf einen verwilderten Kater im Garten stieß. Das Tier lief davon, machte aber nach einer Weile halt und blieb in einer gewissen Entfernung stehen. Als ich vorsichtig nach ihm rief, gab er zögernd ein Zeichen von sich, kam aber nicht näher. Ich versuchte schließlich mit dem zutraulichen „Büro“, und das half: der Kater näherte sich langsam. Für mich war es klar, daß das Tier unser verschollener Kater war. Ich brachte ihn mit Mühe und Not ins Haus herein, aber beruhigen wollte er sich nicht und versuchte immer wieder wegzulaufen. Da kam mir plötzlich seine musikalische Reigung in den Sinn, und ich begann die bekannte Weise zu spielen. Er wurde erst ganz still, dann schaute er mich fragend an und sprang schließlich mit einem gemessenen Satz zu mir, freudig miauend. Seitdem hat er seine Schlichtheit und sein verwildertes Wesen völlig aufgegeben und wurde wieder der alte gemütliche Büro. — Eine alte Kage liebte besonders Violinmusik. Während ich spielte, kletterte sie ganz vorsichtig an mir hoch und legte sich leise schnurrend auf meine rechte Schulter. Sobald ich mit dem Spiel aufhörte, wollte sie nicht mehr bei mir bleiben. Die Katzen lieben neben Klaviermusik besonders auch Flötenklänge. Es ist dröckig zu beobachten, wie sie dem Klang der Flöte folgen, freudig miauen und dem Spieler mit ihrem Augenbuckel streicheln. Natürlich finden sich auch Temperamente, die für Musik weniger empfänglich sind.“

## Max Dortu: Berlin / Ein Nadelstück

Ich will von mir selbst schreiben. Von meiner Heimatstadt Berlin will ich sagen. Von meinem Verhältnis zu der Stadt, in der ich lebe, will ich sagen. Singen mit allen Sinnen. Ich bin 27 Jahre alt, ich schneidere, ich bin Bekleidungsarbeiter, ich sorge für den Außenmenschen — für den Innenmenschen, wer sorgt für den? Die Zeitung. Und die Bücher. Und die Natur.

In Berlin gibt es über 100 Zeitungen. Und es gibt 5000 Zeitschriften und Fachblätter. Natürlich kann ich nicht alle lesen. Aufmerksam und gründlich lese ich mein sozialistisches Leitblatt — und ebenso aufmerksam lese ich meine Verbandszeitung — und das Sprachorgan des Reichsbanners. Auf drei Säulen ruht das freie Berlin: Partei, Gewerkschaft, Reichsbanner! Diese drei Säulen tragen das Architrav — golden eingemeißelt steht drin dieses: Sozialismus! Berlins Wappen ist ein roter Bär, an seiner pflanzlichen Mähne trägt er die schwarzrotgoldene Kotarbe. Ich spiele Geige, ich singe mit der Nähmaschine — mein Bärchen tanzt!

Groß Berlin. 5 Millionen Einwohner. Berlin: eine der fünf Weltstädte, die 5 Millionen und mehr Einwohner haben. Wie heißen sie? Berlin, Paris, London, New York, Tokio in Japan. Diese fünf Städte sind die Exploiter der Welt: wirtschaftlich, politisch und soziologisch und künstlerisch und wissenschaftlich geben sie der Welt den richtigen Schwung. Diese fünf Weltstädte sind es, die die Maschine der gesamten Menschheit in Atem halten. Berlin hat sozial Einwohner wie ein ganzes Land — der Freistaat Sachsen und Berlin zählen jedes 5 Millionen Menschen. Rot sind beide!

Berlin ist das Herz Europas, verkehrspolitisch. Berlin ist der Kaufherr Europas, der die Gügel der europäischen Traber und Rennpferde in festen Händen hält. Berlin ist der Perpendikel Europas — vom Berliner Turm hört Europa die politische Uhr schlagen. Berlin — bemüht! — sich, seine Uhr nach der Sonne zu stellen, meistens aber stellt Paris und London die Zeiger der europäischen Zentraluhr. Ja, das bessere Berlin schaut zur Sonne, das Berlin der Arbeit, der Kunst und der Wissenschaft. Das reiche Berlin ist anders.

Berlin ist eine Industriestadt. Berlin hat zweierlei Klang, dies: Metall und Kleider! Dann produziert Berlin noch Möbel, Zigaretten und Bier. — Metall: Maschinen, Fahrzeug, Elektrotechnik! — Frierst du? Bist du bloß, Deutschland? Berlin wärmt und kleidet dich gut. Jeder fünfte Mensch in Deutschland wird von Berlin mit Wäsche, Kleidern und Mänteln versorgt — das gilt für die fabrikmäßige Produktion, für das Praktische und Kleidbare und Preiswerte gilt das. In Berlin tanzen mehr als 200 000 berufliche Nadeln, schweißschwinge, die Nähmaschine 200 000 Bekleidungsproleten, Damen und Herren, Genossinnen und Genossen. 80 000 Näherinnen und Näher sind Heimarbeiter — verstreut über diese Riesentadt, die aus 10 000 Schloten schmaucht und opfert, die mit ihren Turbinen schnurrt wie ein spannender blinzelnender Kater — elektrisch blinzelt Berlin Nacht für Nacht auf zu den Mondwolken und zu den Sternen. Die Bekleidungsarbeiter sind ein Kranz, ein Rotmohnkranz am Haupte des modischen Berlins, blaue Schleifen sind die Farbe des Weltgeföhls — auf den Kranzschleifen steht: Freiheit, Friede, Freude, Soziale Welt — in flammender Schrift! Wer in Berlin als Be-

kleidungsarbeiter nicht dem freien Verbands angehört, den erkennenst du am schiefen Blick — sein inneres Gewissen schaut nicht gerade. Prüft die Genossen! Und zeigt ihnen den Kampf — nach dem das Kleiderschiff gut durch die Welt steuert. Der Ragnetpunkt der wirtschaftlichen Welt ist immer die Gemeinschaft, der Sozialismus! Wer nach dem Profitkompagn fährt — der führt ein Sklavens- oder Piratenschiff. Das merke sich der, den es angeht. Meine Nadel ist ein Schwert, ein Speer, ein Pfeil — meine Brust ist mein Schild, der Griff meines Schindes ist mein christliches Wort. Singe, Berlin, du mein Berlin der treuen Arbeit. Schöpfungslieder!

Berlin, eine Arbeitsstadt, natürlich auch eine Geldstadt. Wo Arbeit ist, da ist Geld. Meistens aber ist das Geld in verkehrten Händen, nicht immer, die Anfänge einer sozialen Geldwirtschaft sind da: Groß-Konsum, Bant der Arbeiter, soziale Versorgungskassen!

Berlin, die Arbeitsstadt, die Geldstadt, die Handelsstadt, Berlin, die Reichshauptstadt und das Preußenherz, Berlin, die Regierungs- und Beamtenstadt. Berlin, die Kunststadt, die gelehrte Stadt und die Bergnigungsstadt. Aber alles wächst auf dem Fundament der Arbeit, Hand und Hirn sind es — die Berlin in seiner Vielfältigkeit in der glücklichen Schmebe halten. Auch die 350 „Gotteshäuser“ in Berlin, auch die Leben von der Flamme der Arbeit. Auf jeder Altartelze brennt als goldenes Herz der Fleiß der Proleten. Die Opferfeuer der Götter wurden zu allen Zeiten vom Volke gekürt — wer züchtete die Kinder? Wer produziert das Geld? Wer pflicht die Weiberkrautkräuter? Und wer ward sonst noch manchmal an den Opferfeuern geküert? Wotan verrät nig. Aber ich sage es, der Nadel-Wag, an den Opferfeuern schmorte manchmal der Volksbraten selbst — Jungfrauen und Jünglinge, heil Wotan und Konforten. Pfeife und bloße, mein Sturm — wir sind im März!

Berlin ist auch eine Hafenstadt. Hamburgs Hafen hat im Jahre 16 Millionen Tonnen Seeverkehr, Berlins Kanalhäfen entfrachten und verfrachten alle Jahr 8 Millionen Tonnen Güter. Kohle, Holz, Baustoffe. Lebensmittel und industrielle Rohstoffe.

Ich habe nie den weiteren Umkreis von Berlin verlassen — und doch bin ich in der ganzen Welt daheim, wiederum sage ich es: durch die Zeitung! Und durch die Bücher. Auch durch die Museen Bilder, Skulpturen, Archäologie, Völker- und Naturkunde, alles schenken mir die Museen. In 100 Bibliotheken kann ich lesen Die Staatsbibliothek wartet darauf, daß ich ihre 2 Millionen Bände durchforsche. Alles was an Kunst und Wissenschaft und Soziologie in Berlin aufgespeichert ist, gehört mir — wird durch mich belebt; wenn ich richtige Auslese treffe, dann entgeht mir nichts — auf die große Linie kommt es an, auf das Wesentliche, auf den Lebens- und Weltstern, nicht auf die Berästelung kommt es an. Nadelchen, tanze auf deinem Silberfuß, singe mit dem häßlichen Mäntchen — ich bin der lustige Schneider. Ich spiele Zirkus, Nadel Berlin reitet mir am Nadel. Hoppla, wir springen!

Berlin, 60 Theater. 15 000 Studentinnen — sind auch Studenten dabei. Rotes, schwarzes, grünes, gelbes, rotes und blaues Studiervolk — aus aller Welt, aus allen politischen Parteitöpfen.

Berlin, die Bergnigungsstadt, lege du die Karrenkappe „Geld“ auf — und alle menschlichen Paradiese öffnen sich dir nachts in



# Dresdener Bank gibt 6 Prozent.

## Nazis drücken Deutschlands Kredit auf das Niveau primitiver Völker.

Mit dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht der Dresdner Bank berichtet die erste eigentliche private Großbank über das Krisenjahr 1930. Als Dividende gibt es bei der Dresdner — wie zwischen den Banken vereinbart — auch die 4 Proz. weniger als im Vorjahr; nämlich 6 statt 10 Proz. Neuherrige Expansion und eine gewisse innere Schrumpfung sind charakteristisch für die Dresdner Bank. Der Umsatz ist von 248 auf 275 Milliarden gestiegen, wozu der Erwerb der Ostbank für Handel und Gewerbe (früher Hugenberg) und einiger anderer kleinerer Banken beigetragen hat. Das Personal hat sich von 8020 auf 8065 erhöht, die Liquidität der flüssigen Mittel ist aber von 58,3 auf 54,0 Proz. gesunken. Die Kontenzahl ist von 338 500 auf 357 900 gestiegen.

|                               | Ende 1930 | 1929  | 1928  | 1927  |
|-------------------------------|-----------|-------|-------|-------|
| in Millionen Mark             |           |       |       |       |
| Kreditoren . . . . .          | 2 220     | 2 276 | 2 112 | 1 644 |
| Atzette . . . . .             | 165       | 89    | 86    | 96    |
| Wechsel und Schecks . . .     | 516       | 562   | 507   | 411   |
| Rostroguthaben . . . . .      | 189       | 300   | 310   | 227   |
| Reports und Lombards . . .    | 51        | 57    | 114   | 86    |
| Vorschüsse auf Waren . . .    | 479       | 397   | 379   | 211   |
| Schuldner . . . . .           | 1 116     | 1 003 | 869   | 803   |
| Bertpap. und Konz. Abt. . . . | 55        | 63    | 46    | 39    |

Am Jiffenwert der Bilanz sind die Verschleudungen interessant; in ihnen brückt sich am deutlichsten die Wirkung des Krisenjahres aus. Gesamtkreditoren sind um 56 Millionen, das sind 4 Proz., zurückgegangen; weil aber die ertragreiche Warenbesorgung um rund 80 Millionen Mark stieg, gleichzeitig bei den — wohl auch hier erheblich eingetrennen — Schuldner eine Steigerung um 113 Millionen erfolgte und das ebenfalls ertragreiche Wechselgeschäft nur um 46 Millionen Mark zurückging, wurde der in den Atzeten zum Ausdruck kommende Eigenkredit (Steigerung von 89 auf 165 Millionen) bemerkenswert stark angespannt. Das auffälligste ist die Verringerung der sogenannten Rostroguthaben, der wichtigsten flüssigkeitsreserve, von 300 auf 189 Millionen oder fast um 40 Proz. Es war ein vishen Lahn zu behaupten, wie es geschehen ist, daß in den angestiegenen Schuldnern ein Ausgleich für die Verringerung der flüssigkeitsreserven zu erblicken sei.

### Der Umsatzsteigerung entspricht keine Gewinnsteigerung.

Die ausgewiesenen Gesamteinnahmen — ohne Vortrag — sind von 77,8 auf 76,5 Millionen gesunken. Die Rückgang um 1,3 Millionen Mark steht aber ein doppelt so starker Rückgang um 2,6 Millionen Mark bei den Handlungsunkosten gegenüber (Senkung von 59,8 auf 57,2 Millionen) und ein Rückgang der Steuerleistung von 7,17 auf 6,92 Millionen Mark. Trotz verringerter Gesamtgewinns kann durch die Beschneidung der Tantiemen und

Gratifikationen auf Kosten der Angestellten praktisch noch ein um 1,5 Millionen höherer Reingewinn als 1929 ausgeteilt werden (13,00 gegen 11,42 Millionen), der nur um 6 Millionen niedriger erscheint, weil man 6,0 Millionen zu Abschreibungen auf das Effekten- und Beteiligungskonto verwendet. Wenn man auch berücksichtigen muß, daß besonders die Dresdner Bank durch ihre Beteiligungen am Pfandbriefgeschäft reichlich verdient, und wenn das laufende Jahr auch noch einiges hinsichtlich der eingefrorenen Kredite vielleicht in unsiebjamer Weise harstellten wird, so muß man doch das Bankjahr 1930 für die Dresdner Bank als im ganzen günstig bezeichnen und die Bankangestellten sollen daraus ihre Konsequenzen ziehen.

Die allgemeinen Ausführungen im Geschäftsbericht stehen diesmal nicht auf besonderer Höhe. Wenn man für die Krise Ueberproduktion und Ueberinvestition in Amerika verantwortlich macht, für Europa und Deutschland aber auf den „tragischen Konflikt zwischen den wirtschaftlichen und politischen Faktoren“ hinweist und sagt, daß in erster Linie „außerwirtschaftliche“ Beweggründe und Umstände hier entscheidend waren, so ist das, wir sind höflich, zum mindesten nicht vollständig. Ueberausdehnung Fehlinvestitionen auch unter Verantwortung der Banken, eine durch die Mißgunst der Banken zerstörte Börse waren in Deutschland für die Krise mindestens ebenso verantwortlich wie in USA. Immerhin läßt die Dresdner Bank es gelten, daß

### Der 14. September eine bis dahin verhältnismäßig günstige Lage sehr verschleiert

hat. Für Kapitalflucht ins Ausland und für Kapitalrückbildungen durch das Ausland ist die Angabe charakteristisch, daß die Kreditoren der Dresdner Bank von Juni bis Ende Dezember 1930 von 2021 auf 1726 Millionen zurückgegangen sind (die davon unabhängigen Rembourskredite für die Warenbesorgung nicht gerechnet), und daß das erste Halbjahr geschäftlich sehr gut war, das zweite Halbjahr dagegen alle bis dahin erzielten Erfolge umgekehrt hat. Was die Höhe der dem Ausland zu vergütenden Zinsen anlangt, so sei Deutschland „gegenwärtig auf die Stufe viel primitiverer Kulturen und Wirtschaften“ herabgedrückt worden. Ein neues vernichtendes Urteil für das Auftreten der Nationalsozialisten in der deutschen Politik.

Bemerkenswert war auch die von uns gelegentlich gemachte und hier bestätigte Feststellung, daß in den letzten Wochen kurzfristige Auslandskredite wieder zuzulassen und gestütztes Kapital zurückzuführen beginnt. Nicht bemerkenswert war das Bekenntnis auch der Leitung der Dresdner Bank zu dem Handels- und Kolonialpolitik, daß man endlich die Wirtschaft freigeben soll. Ernste Gründe solcher sinnlose Deklamationen unterlassen. Die Leitung der Dresdner Bank ist doch nicht von gestern.

Leuchte“ Preußen hat hier ein Kulturwerk geschaffen, das erst in späterer Zeit Früchte tragen wird. Daß die preussische Siedlungsarbeit aber auf gesundem Fundament aufgebaut ist, beweist die Tatsache, daß ungeachtet der schweren Agrarkrise neun Zehntel der Siedler ihre in dieser Zeit sehr drückenden Zinsverpflichtungen erfüllt haben und auf 1000 Siedlerstellen nur ein Zusammenbruch einfiel.

## Endlich Diskontsenkung in Sicht?

### Der Geldmarkt weiter gebessert / Stark entlastete Reichsbank

Der Wochenauweis der Reichsbank vom 14. März zeigte wieder eine bemerkenswert geringe Inanspruchnahme der Reichsbankkredite. Die Wechselbestände haben um 215,9 auf 1626,4 Mill. M. abgenommen, die Banken haben 41,1 Mill. M. Schatzwechsel von der Reichsbank zurückgelassen (Bestand nur noch 3,0 Mill. M.) und die Lombarddarlehen haben sich (Monatssumme) nur um 6,7 auf 91,3 Mill. M. vermehrt. Das Konto der fremden Gelder zeigt mit 255,9 Mill. M. eine Abnahme um 35,4 Mill. M. Der Rentenumsatz ging um 176,8 auf 3968,0 Mill. M. zurück. Die Goldbestände blieben mit 2286,2 Mill. M. — Zunahme 0,8 Mill. M. — fast unverändert, die deckungsfähigen Devisen stiegen wieder um 19,7 auf 209,1 Mill. M. an. Die Notendeckung durch Gold und Devisen erhöhte sich von 59,7 auf 62,9 Proz., das sind fast 60 Proz. mehr als die gesetzliche Vorschrift.

Es wäre natürlich erfreulich, wenn die Inanspruchnahme der Reichsbank nicht ab-, sondern zugenommen hätte; könnte man doch dann auf mehr Wirtschaftskredite und einen Wirtschaftsaufschwung schließen. Aber es ist kein Zweifel (und das verbessert die Aussicht für einen Wirtschaftsaufschwung), daß die Entlastung der Reichsbank einer wesentlichen Erleichterung des Geldmarktes Ausdruck gibt, die heute mit einiger Sicherheit auf den Zufluß von Auslandsgeldern und auf den Rückfluß von geflüchteten Kapitalien zurückgeführt werden kann. Beides muß auf den Geld- und Kapitalpreis günstig wirken.

Da die Reichsbank währungsmäßig wieder sehr stark ist, sollte die Reichsbankleitung allen Ernstes jetzt prüfen, ob sie nicht bald durch eine Diskontsenkung der Wirtschaftsbekämpfung einen Anreiz geben kann. Die zunehmende innerpolitische Befundung, die wesentlich der besonnenen und agitatorische Wirkungen verschmähen Politik der Sozialdemokratie zu danken ist, das nicht zuletzt dadurch wieder wachsende Vertrauen im Ausland, lassen den Zeitpunkt für eine Diskontsenkung, mit der ruhig auch etwas riskiert werden dürfte, als günstig erscheinen.

## Leipziger Messe bessert Maschinenbau.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten sagt über den Monat Februar, daß sich die Lage der Maschinenindustrie hinsichtlich der Aufträge und Aufträge des In- und Auslandes nicht wesentlich gebessert habe. Immerhin zeigt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit zum erstenmal seit einer Reihe von Monaten eine Besserung um eine halbe Stunde. Einzelne Ausrüstungsarbeiten, meist durch Auslandsaufträge, werden für Kraftmaschinen, Walzwerksanlagen, Kran-, Zerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinen und Apparate gemeldet. Die Leipziger Technische Messe sei betrieblicher verlaufen, als man erwartet hatte. Der Umfang der sofort getätigten Verkäufe war infolge der günstigen Preisstellung bemerkenswert.

## Hohe Kalidividenden.

Die Sonderkonjunktur des Kolbergbaues in Deutschland findet in den fast unverändert hohen Gewinnabschlüssen der führenden Konzerne für das Betriebsjahr 1930 ihren Ausdruck. Wie der Burbach-Konzern und die Wintershall-Gruppe, deren Abschlüsse bereits heraus sind, erkrant auch der Solz-Delfurt-Konzern keine Aktionäre mit fast unverändert hohem Reingewinn von 429 Millionen, aus dem wieder eine Dividende von 15 Prozent ausgeschüttet wird. Die zum Konzern gehörenden Kaliberwerke Wschersleben holten bei einem etwas erhöhten Reingewinn von 2,47 Millionen Mark gleichfalls ihre Jahresdividende von 10 Prozent ausreicht, und auch die Gruppe Westeregeln zahlt wieder 10 Prozent. Bilanzen und Geschäftsberichte dieses Konzerns liegen noch nicht vor.

Philipp gegen Telefunken. Wie die Berliner Filiale des Philips-Konzerns mitteilt, hat das Kartellgericht eine wichtige Entscheidung gefällt. Lorenz und Philips hatten sich an das Kartellgericht gewandt mit der Begründung, daß der im März 1930 ergangene Schiedspruch in Sachen Lorenz-Telefunken, der den Vertrag Lorenz-Telefunken dahin auslegte, daß eine Belieferung der Deutschen Philips G. m. b. H. unzulässig ist, eine im Sinne der Kartellverordnung unzulässige Sperre bedeutet. Der Beschluß des Kartellgerichts vom 16. März 1931 verurteilt die Einmütigkeit des Kartellgerichts und verbietet die Sperre der Deutschen Philips G. m. b. H. auf dem Apparatgebiet. Nach der Auffassung von Philips darf nun für die Zukunft Telefunken weder Lorenz noch den Hauptverhandlungsunternehmen unterliegen, die Deutsche Philips-Gesellschaft mit Rundfunkempfangsapparaten zu beliefern.

Große Rationalisierungsgewinne bei der Schußfabrik Hef. Die R. u. L. Hef-Schuhfabrik in Erfurt hat in dem am 30. September beendeten Geschäftsjahr 1929/30 trotz der allgemeinen schwierigen Verhältnisse ganz bedeutende Rationalisierungsgewinne erzielen können. Bei einem von 2,71 auf 2,84 Millionen Mark erhöhten Rohgewinn gelang es dem Unternehmen, einen um 30 Proz. gestiegenen Reingewinn von fast 400 000 Mark auszuweisen. Trotz des starken Preisabbaus für Leder Schuhe konnte das Werk neben einer mengenmäßigen Umsatzsteigerung auch seinen wertmäßigen Umsatz erhöhen. Die Dividende wird erst der Generalversammlung von der Verwaltung in Vorschlag gebracht; im vergangenen Jahr wurden auf das 6-Millionen-Kapital 4 Proz. ausgeschüttet.

Herr Schacht als Ankfänger. Herr Schachts neues Buch „Das Ende der Reparationen“, das mit unter obiger Ueberschrift in Nr. 103 des „Vorwärts“ einer Kritik unterzogen, ist im Verlag von Gerhard Stalling, Oldenburg, erschienen.

# Siedlungserfolge in Preußen.

## Das Arbeitsprogramm für 1931.

Der frische Zug, der die Siedlungsarbeit des preussischen Landwirtschaftsministeriums unter dem neuen Siedlungsstellenchef, Ministerialdirektor Dr. Bollert, durchweht, ist unentennbar. In einer vom Landwirtschaftsminister Dr. Steiger einberufenen Besprechung, die der Minister durch wertvolle Diskussionsbemerkungen bereicherte, gab Dr. Bollert einen umfassenden Ueberblick über die Entwicklung der ländlichen Neusiedlung in Preußen seit 1923, deren Ergebnis durchaus erfreulich ist.

Während 1923 das gesamte Neusiedlungsergebnis mit 1487 Stellen und 14 453 Hektar besiedelter Fläche abschloß, konnte im letzten Jahre

### mit 7477 Stellen und 82 316 Hektar die Leistung um das Fünffache gesteigert

werden. Unter der Voraussetzung, daß die Siedlungsmittel im laufenden Jahr in dem vorgesehenen Umfang fließen, wird 1931 mit einem Gesamtresultat von 10 000 neuen Stellen gerechnet. Das Schwergewicht der Siedlung liegt nach wie vor in den Großgrundbesitzdistrikten des Ostens, vor allem in Ostpreußen, Pommern und Schlesien. Daneben tritt auch die Provinz Schleswig-Holstein als Siedlungsgebiet stark hervor.

Die letzten fünf Jahre haben den Beweis erbracht, daß die preussische Landeskulturerwaltung anpassungsfähig genug war, um den wirtschaftlichen Notwendigkeiten in der Form und dem Verfahren der Siedlung genügend Rechnung zu tragen. Insbesondere hat die immer fühlbarere Entlastung der Siedlungsinteressenten von Kapital zur Anzahlung auf größere Stellen eine beweglichere und tiefschichtige Stellenbildung erforderlich gemacht. So sind neben die Stellen von 15 bis 20 Hektar und die Arbeiterstellen bis zu 2 Hektar mehr und mehr die kleineren und größeren Kuhbauern- oder Einspännerstellen von 4 bis 8 Hektar getreten.

### Erfreulich ist, daß sich Dr. Bollert besonders warm für die Ansiedlung von Landarbeitern

einsetzte, die er als Siedler auf Kuhbauernstellen (4 bis 8 Hektar) für ganz vorzüglich geeignet bezeichnet. Der Referent wies in diesem Zusammenhang durchaus zutreffend auch darauf hin, daß auf diesem Wege auch das drängende Problem der arbeitslosen Landarbeiter weitestgehend zum Teil gelöst würde. Es sei gelungen, die durch die Austellung von Gütern erwerblos und heimlos gewordenen Landarbeiter größtenteils anzusiedeln und dies oft unter Aufwendung erheblicher Mittel durch die Siedlungsträger,

Eine der wichtigsten Fragen, wenn nicht überhaupt die entscheidende, für die künftige Wirtschaftlichkeit der Siedlungsstelle, ist die Kostenfrage. Die Entwicklung am ländlichen Gütermarkt hat es in letzter Zeit mit sich gebracht, daß

### die Bodenpreise für gute Objekte erheblich zurückgingen

und daß unter dem Druck der Landeskulturerwaltung daneben auch mittelbare Preisentfaltungen dadurch erreicht wurden, daß wertvollere Objekte besiedelt wurden.

Auch die hohen Baukosten für die Siedlergehöfte konnten gesenkt werden. Dies ist einmal durch die konjunkturelle Senkung der Baukosten allgemein erreicht worden, darüber hinaus aber noch durch zweckmäßige Beschränkung der Baugrößen gefördert worden. Es muß als ein bedeutender Erfolg anerkannt werden, daß

### die Baukosten gegen 1926/27 um 25 bis 40 Proz. gesenkt werden

konnten. So kostet heute eine 60-Morgen-Stelle (15 Hektar) statt 21—25 000 Mark nur noch 14—16 000 Mark. In diesem Jahr wird man in den östlichen Provinzen sogar ausreichende Bauten für sogenannte Familienwohnungen in Höhe von 7—9000 Mark finden. Daß bei aller Anwendung von Sparsamkeit weder die Bauqualität noch die betriebswirtschaftliche Zweckmäßigkeit leiden darf, liegt auf der Hand.

Die Anliegersiedlung, also die Vergrößerung schon bestehender Kleinbauernstellen, die mit einem Bruchteil der für Neusiedlung erforderlichen Mittel beansprucht, hat nach dem Rückgang bis 1929 im letzten Jahr wieder einen Aufschwung von 2985 Fällen mit 4779 Hektar auf 5138 Fälle mit 10 157 Hektar Anliegerland genommen. Auffallend stark war die Steigerung dieser Siedlungen in Ostpreußen, wo zur Finanzierung dieser Überkäufe besondere Mittel in der Ostpreußenhilfe vorgesehen waren. In der neuen Osthilfeaktion ist diese Sonderfinanzierung der Anliegersiedlung im Rahmen der Umschuldungsaktion auf das ganze Osthilfengebiet ausgedehnt worden. In beschränktem Umfang können auch notwendige Zubauten auf Anliegerstellen aus Osthilfemitteln finanziert werden. Für die Neusiedlung sind neben den ordentlichen Siedlungskrediten jährlich 25 Millionen in der Osthilfe vorgesehen.

Die Erfolge Preußens auf dem Gebiete der ländlichen Siedlung sind richtunggebend. An dieser Tatsache ändern auch einzelne Mißerfolge und Fehlschritte nichts. Das „marginale ver-

**Schöne weiße Zähne: Chlorodont** Tube 54 Pf.  
Große Tube 90 Pf.



# Ein „christlicher Tendenzbetrieb“.

## Die niedrigsten Löhne — Freigewerkschaften auf dem Index.

Vom Verein der Berliner Buchdrucker wird uns geschrieben: Der Graphische Zentralverband und der ebenso „christliche“ Gutenbergbund, die zusammen in Berlin etwas über 500 Mitglieder haben, sind seit einiger Zeit in Berlin auf den Fang von „christlichen“ Seelen. Seit etwa einem halben Jahr ist in der „Germania“ ein neuer Direktor, ein Herr Reinhardt, tätig. Sein Vorgänger war zwar auch kein Freund der freien Gewerkschaften, er respektierte aber den Buchdruckerherrn Herr Reinhardt hingegen glaubte, mit Hilfe der „Christlichen“ die Angehörigen der freien Gewerkschaften im Betriebe langsam abzuschlachten zu können.

Nachdem ihm die Hilfe des Gutenbergbundes zugesagt war, entdeckte er in der

### „Germania“ den „Tendenzbetrieb“

und kündigte am 9. Januar acht freigewerkschaftlich organisierte, angeblich wegen Arbeitsmangel, obgleich bald darauf Ueberstunden verlangt wurden. Herr Reinhardt gab zu, daß nach der Anklamität und dem Betriebsratgesetz wohl „Christliche“ an der Reihe seien, aber seine Kundschaft würde deren Entlassung nicht verstehen, solange Freigewerkschaftler im Betriebe sind.

Aus welchen Auftragsgebern besteht nun die Kundschaft der Germania?

Außer „Germania“ und „Märkische Volkszeitung“ werden hergestellt: „Kunstblätter“, „Hauptkriegs-Verband“, „Steuer-Rundschau“, „Reichsbahn“, „Leineweber“, „Korstadt“ usw. In Aussicht stehen: „Religiöse Welt“, „Die Kunstwelt“, „Der Jungdeutsche“. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Auftraggeber für die Herstellung ihrer Arbeiten dieser „christlichen“ Tendenz huldbig. Außerdem geht die „Germania“ bei ihrer Kundenwerbung durchaus nicht immer „christlich“ vor. Hat sie z. B. bei einem Angebot auf die Herstellung der „Gesundheit“, dem Organ des Krankenkassenverbandes, nicht den bisherigen Herstellungspreis um ein Bedeutendes unterboten?

Den gekündigten Buchdruckern wurde

vor dem Schlichtergericht der Buchdrucker einstimmig die Maßregelung zurkannt.

Die Firma hatte den § 1 des Deutschen Buchdrucker-Tarifs verletzt. Dem Verlangen auf Wiedereinstellung gab die Firma nicht statt, eine Beschwerde beim Prinzipalsverein war ergebnislos.

Der Arbeiterrat der „Germania“, der aus 4 Christlichen und 3 Freigewerkschaftlern bestand, gab dem Einspruch der gekündigten nicht statt! In der Klage gegen die Mitglieder des Arbeiterrats wegen Verletzung des § 84 Abs. 1 und 4 des Betriebsratgesetzes fanden Termine am 31. Januar und 17. Februar statt. Die Kläger wurden abgewiesen mit der mündlich ge-

gebenen Begründung, der Arbeiterrat habe den Angaben der Firma Glauben schenken können. Die schriftliche Begründung war wohl sehr schwierig sein, denn erst gestern sind Urteil und Begründung eingegangen. Jetzt schloß natürlich der Firma der Rat. Am Freitag, 27. Februar, wurde neun Verbandsmitgliedern in einem gleichlautenden Schreiben gekündigt, zu dem Zweck, „eine Beeinträchtigung hinsichtlich der bisher gewährten über-tariflichen Zulage zu treffen“. Es wurde

ein Lohnabbau der über-tariflichen Zulagen von 1 Mark bis 6,50 Mark verlangt — oder Entlassung

am 6. März. Die Organisation verhandelte mit der Firma am 5. März. Die Firma erklärte den Lohnabbau als „Lohnausgleich“, und es sei ein Zufall, daß in dieser Abteilung nur Freigewerkschaftler beschäftigt werden. Den Gutenbergbündlern form man kaum etwas abziehen, da diese, mit Ausnahme der Maschinenführer, so niedrig bezahlt werden, daß zum Abziehen kaum etwas übrig bleibt. Die „Germania“ zahlt überhaupt die miserabelsten Löhne in Berlin. Trotzdem kam auf Verlangen des Vertreters der Christlichen ein Abkommen zustande, nach dem die Angelegenheit um eine Woche vertagt wurde. Direktor Reinhardt gab die Erklärung ab, daß für die Woche vom 6. bis 18. März keinerlei Kündigungen und keinerlei weitere Entlassungen von Lohnabbau erfolgen sollten.

Trotz dieses Versprechens wurde am Freitag, dem 6. März, wiederum drei Mitglieder der freien Gewerkschaften gekündigt.

Die Empörung war groß über diesen Vortritt, und es bedurfte des ganzen Einflusses der Vertrauensleute, um die sofortige Arbeitsniederlegung zu verhindern. Direktor Reinhardt war auf telephonischen Anruf am Sonnabend, dem 7. März, nicht zu erreichen und am Montag darauf angeblich krank.

Die elf gekündigten verließen am 18. März ihre langjährige Arbeitsstätte, und die übrigen Freigewerkschaftler kündigten ordnungsgemäß ihre Stellung zum 20. März. Wenn einzelne, wie z. B. einige Maschinenführer, sich diesem Vorgehen nicht anschließen und sich dadurch zu Heloten der „Christlichen“ machen, so ist das ihre Sache. Die Freigewerkschaftler haben bedauert, daß sie mit ihrer Ehre nicht schindlicher treiben lassen und lieber die Konsequenzen ziehen.

Wir halten es unter unserer Würde, dem „Deutschen“, der die vorstehend geschilderten Tatsachen verdrückt, eine Berichtigung zuzuschicken. In dieser Angelegenheit ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Die Berliner Kollegenschaft wird aus dem Verhalten des Gutenbergbundes die nötigen Konsequenzen ziehen und seinen Mitgliedern überall die richtige Antwort erteilen.

## Das böse Beispiel.

### Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Reichsregierung.

Im Reichsfinanzministerium begannen am Dienstag die Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter. Die Regierungsvorläufer schlugen einen Lohnabbau um 8 Proz. vor. Die Vertreter der Gewerkschaften antworteten darauf, daß für sie in Anbetracht der an sich schon niedrigen Löhne der Reichsarbeiter auch nur ein planmäßig Lohnsenkung untragbar sei. Sie machten einen Gegenvorschlag, dessen Kernstück in der Forderung auf sofortige und unbedingte Einführung der 48-Stunden-Woche besteht. Die Arbeitszeitverkürzung bedeute in Verbindung mit den erhöhten sozialen Beiträgen der letzten Jahre für den Reichsarbeiter ohnehin schon eine Senkung der Bezüge um einen Betrag, der dem Abbau der Beamtenbezahlung um 6 Proz. gleichkomme.

Die Organisationsvertreter begründeten ihren Standpunkt ganz besonders auch mit der Feststellung, daß auf der einen Seite die ganze Lohnsenkung keine Besserung der Wirtschaftslage herbeiführen würde, auf der anderen Seite aber eine Erhöhung verschiedener Lebensmittelpreise bereits zu verzeichnen sei. Die Vertreter der Regierung erklärten daraufhin, sie könnten, da die Anträge der Gewerkschaften einen sehr starken allgemeinen wirtschaftspolitischen Einschlag hätten, ohne vorherige Einholung neuer Anweisungen nicht weiter verhandeln. Die Verhandlungen wurden daher zunächst vertagt. Sie werden voraussichtlich Mitte der kommenden Woche fortgesetzt.

## Unmoralischer Lohnabbau.

### „Großzügige“ Großhändler.

Auch der Berliner Großhandel ist nunmehr zum Generalangriff auf die Löhne seiner Arbeiter übergegangen. Es genügt dem Arbeitgeberverband des Berliner Großhandels noch nicht, daß die noch als einigermaßen erträglich anzusehenden Löhne im Lebensmittel- und Kaffeegroßhandel sowie im Papier- und Pappengroßhandel bis zu 4 Proz. gesenkt wurden. Die Großhändler verlangen jetzt auch für die Branchen einen Lohnabbau, in denen die Löhne bisher noch niedrig sind. So fordern sie z. B. für die Branche Leder- und Schuhgroßhandel, wo ein Spitzenlohn von 43 M. gezahlt wird, einen Lohnabbau um 10 Proz. Die gleiche Forderung erheben sie für den Helle- und Hütehandel, wo der Spitzenlohn 40 M. beträgt!

Im Glas- und Keramikgroßhandel, der seinen Arbeitern einen Höchstlohn von 42,50 M. zahlt, soll ebenfalls ein „wesentlicher“, von den Unternehmern noch nicht näher bezogener Lohnabbau durchgeführt werden. Den Arbeitern im Eisenwaren- und Keramikgroßhandel will man den jetzigen Lohn von 41 bis 43 M. gleichfalls „schonlich“ kürzen. Die Verhandlungen in allen diesen Branchen sind ergebnislos verlaufen, da es weder die Gewerkschaftsvertreter noch die Handelsarbeiter auf sich nehmen konnten, auf das Ansinnen der Unternehmer näher einzugehen.

Auch der Lohnabbau für den Textilgroßhandel, der einen Spitzenlohn von 43 M. vorstellt, ist von den Unternehmern zum Zwecke des Lohnabbaues gekündigt worden, bezugnehmend auch für den Kurz-, Galanterie- und Spielwarengroßhandel und den Elektrogroßhandel. In diesen Branchen sind noch keine Verhandlungen geführt worden.

Das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes des Großhandels gerade gegenüber den Arbeitern dieser Branchen zeigt mit aller Deutlichkeit, daß sich die Unternehmer bei ihren Lohnabbauforderungen von wirtschaftlichen Vermutungen überhaupt nicht leiten lassen. Sie fragen nicht danach, ob es den Arbeitern bei ihren jetzigen Löhnen überhaupt noch möglich ist, sich und ihre Familien einigermaßen nahrungsmäßig zu ernähren. Sie übersehen auch völlig, daß sie mit ihrem maßlosen Lohnabbau die Arbeiter schließlich zur Unchristlichkeit anreizen, die infolge ihres unzureichenden Verdienstes keine andere Möglichkeit mehr sehen, sich vor dem Verhungern zu bewahren. Der Lohnabbau ist schon nicht mehr als Versuch zu bezeichnen, sondern als ein verbrecherisches Mittel zur Demoralisierung der Arbeiterchaft.

## Schon wieder Böckers!

### Schlichter im Reichsbahnkonflikt.

Das Reichsarbeitsministerium hat für die Beflegung des Bahnkonflikts bei der Reichsbahn Dr. Böckers, Brannen zum Schlichter bestellt. Die Schlichtungsverhandlungen beginnen am Donnerstag nachmittags 2 Uhr.

Die Eisenbahnerorganisationen haben mit diesem Schlichter bei den Verhandlungen über die Arbeitszeit die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Es kam damals bei den Verhandlungen zu einem Konflikt, in den sogar der Arbeitsminister eingreifen mußte. Unter diesen Umständen ist es geradezu eine Brüstflutung, wenn das Reichsarbeitsministerium nun wiederum Herrn Böckers zum Schlichter für den Tarifstreik bei der Reichsbahn ernannt hat.

## Betriebsratswahl bei Otis.

### Rückgang der SPD.

Bei der Wahl in den Otis-Aufzugsportalen G. m. b. H., Berlin, im Jahre 1929 bekam die SPD. 234 Arbeiterstimmen, im Jahre 1930 noch 232. Diesmal aber, allerdings bei stark verminderter Belegschaft noch 95 Stimmen. Die freigewerkschaftliche Liste erhielt 1929: 138 Stimmen, 1930: 194, jetzt 115 Stimmen.

Im Jahre 1929 hatte die SPD. die Mehrheit, die sie mißbrauchte, indem sie den „Sozialfaschisten“ keinen Posten im Arbeiter- und Betriebsrat einräumte. Im folgenden Jahre habe sich das Verhältnis von 3 zu 3 in 4 zu 4 Stimm im Arbeiterrat verändert. Die SPD. stellte den Abmann und erhielt — durch Los — den Posten des zweiten Schriftführers. Im Betriebsrat hatten wir 1930 keinen Posten, da der GdL-Angestelltenrat sich für die SPD. entschied! Nach der jüngsten Wahl scheidet die SPD. aus, sowohl aus dem Arbeiterrat wie aus dem Betriebsrat.

Bei den Angestellten erhielt die freigewerkschaftliche Liste 1929 zwei Sitze, 1930 vier, der GdL. zwei, diesmal KfL. und GdL. je einen Sitz.

## Wann wird damit endlich Schluß gemacht?

### Essen, 17. März. (Eigenbericht.)

Im Verlauf der am Dienstag zwischen dem Arbeitgeberverband Nordwest und den Angestelltenverbänden geführten Verhandlungen forderten die Unternehmer zum Zwecke der „Senkung der Selbstkostenpreise“ einen weiteren Gehaltsabbau von 15 Proz. Die Angestelltenverbände erklärten nach kurzer Beratung, auf der von den Unternehmern vorgeschlagenen Basis nicht verhandeln zu können. Der Konflikt gelangt nunmehr vor den Schlichter.

## Bestellte Arbeit.

### Moskau, 17. März. (Ost-Express.)

Die „Pravda“ berichtet über einen Brief, den arbeitslose Metallarbeiter aus Berlin an den Verband der Metallarbeiter der Sowjetunion geschickt haben. In dem Brief heißt es: Die Berliner Arbeitslosen hätten von den neuen Bestellungen für die Ausrüstung der Sowjetindustrie erfahren und sie begrüßen diese Förderung des Fünfjahresplanes. Sie würden ihren Kampf gegen den Kapitalismus nicht aufgeben, selbst wenn sie dank diesen Bestellungen Arbeit erhalten sollten.

Berücksichtigt man die Aufträge noch in weiter Ferne. Sie hängen davon ab, ob man der Sowjetregierung die Aufträge auf lange Sicht pumpen kann und will. Aber ein Auftrag ist bereits ausgeführt: ein Brief von „deutschen Arbeitern“. Allerdings wird der in der und im voraus bezahlt — an die SPD.

## Spontaner Streik im englischen Bergbau.

### London, 17. März. (Eigenbericht.)

Trotz des Beschlusses der Südwaller Bergarbeiterkonferenz, einstweilen die friedlichen Wege zur Verhinderung des Lohnabbaues zu erschöpfen, sind am Dienstag etwa 5000 Grubenarbeiter in den Streik getreten. Die Verhandlungen zur Befriedigung des Lohnabbauverwehres sind im Gange.

## APL-Funktionäre der Metallindustrie!

Sehr geehrte Herren, ich habe in der Gewerkschaftszeitung, Ausgabe 21-22, gelesen, daß die APL-Funktionäre der Metallindustrie, die die Gewerkschaften verlassen haben, bei der Forderung der Lohnerhöhung und der Bekämpfung der voranschreitenden Wirtschaftskrise erwarten, wir sollten das Erlernen aller APL-Funktionäre. Die Mitglieder des APL-Verbandes sollten sich bereits am 17. März im gleichen Lokal, Konferenzraum, treffen. APL-Verband.

Betriebsratessen der SPD. Bezirksamt Schöneberg, Donnerstag, 20. März, Lokal 111, Schöneberg, Rixdahl-Str. 11, 1. Stockwerk, 10 Uhr. Besprechung und Besetzung in den Kommunen. Arbeitsrat Kottbus, Donnerstag, 16. März, Lokal 111, Schöneberg, Rixdahl-Str. 11, 1. Stockwerk, 10 Uhr. Besprechung und Besetzung in den Kommunen. Auf die lokale Seite der Arbeitnehmer.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Sehr geehrte Herren, ich habe in der Gewerkschaftszeitung, Ausgabe 21-22, gelesen, daß die APL-Funktionäre der Metallindustrie, die die Gewerkschaften verlassen haben, bei der Forderung der Lohnerhöhung und der Bekämpfung der voranschreitenden Wirtschaftskrise erwarten, wir sollten das Erlernen aller APL-Funktionäre. Die Mitglieder des APL-Verbandes sollten sich bereits am 17. März im gleichen Lokal, Konferenzraum, treffen. APL-Verband.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Einzelnen

Sehr geehrte Herren, ich habe in der Gewerkschaftszeitung, Ausgabe 21-22, gelesen, daß die APL-Funktionäre der Metallindustrie, die die Gewerkschaften verlassen haben, bei der Forderung der Lohnerhöhung und der Bekämpfung der voranschreitenden Wirtschaftskrise erwarten, wir sollten das Erlernen aller APL-Funktionäre. Die Mitglieder des APL-Verbandes sollten sich bereits am 17. März im gleichen Lokal, Konferenzraum, treffen. APL-Verband.